

**JAHRES
BERICHT**

**20
16**

- 2 Die Metamorphosen der uniko: fortiter et constanter**
Oliver Vitouch
- 3 Fliegender Wechsel an der Teamspitze ohne Ballverlust**
Elisabeth Fiorioli
- 4 „Zukunft Hochschule“: Startschuss für Reformprojekt des Jahrzehnts**
Reinhold Mitterlehner
- 5 Starke Universitäten für ein starkes Europa**
Rolf Tarrach
- 6 Konstanten und Wechselfälle: Ein Regierungssitz für die uniko-Spitze**
JAHRESRÜCKBLICK
- 8 REKTORATSCHRONIK**
- 9 Voneinander unabhängig oder miteinander verschwägert?**
Antonio Loprieno
- 10 „Die heutige Universität ist einfach professioneller“**
INTERVIEW Gerhart Holzinger
- 13 Fokus Migration**
INTERVIEWS Hiba Jamous,
Kerem Öktem
- 14 Fokus Jubiläen**
Universität für Musik und darstellende
Kunst Graz, Universität Linz
- 16 „In Deutschland werden wir bewundert, auch beneidet“**
INTERVIEW Alexandra Kautzky-Willer
- 18 Dringend erforderlich: Ein Exzellenzprogramm für Österreich**
Klement Tockner
- 19 Forumsnotizen BUDGET**
- 20 Fortschritt braucht Transformation statt Kumulation**
Wolfgang Nedobity
- 21 Forumsnotizen FORSCHUNG**
- 22 Austausch und Erkenntnisgewinn in Zeiten der Renationalisierung**
Nadine Shovakar
- 23 Forumsnotizen INTERNATIONALES**
- 24 Nagelprobe für Qualifikationsrahmen: Kommt eine österreichische Lösung?**
Elisabeth Westphal
- 25 Forumsnotizen LEHRE**
- 26 Professuren: Mehr Attraktivität für Bewerbungen aus In- und Ausland**
Doris Schöberl
- 27 BLICKKONTAKTE**
- 28 Kreativpotenziale: Schürfen in den Goldminen des 21. Jahrhunderts**
Reinhard Kannonier
- 29 Ein Hort der Innovation als beste Medizin**
Helga Fritsch
- 30 Ende des Elfenbeinturms und andere Folgen der Autonomie**
Hubert Patterer
- 31 Nach Brexit, Trump- und Hofburg-Wahl: Wer schert sich um Universitäten?**
Manfred Kadi
- 32 ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ**
- 34 STATISTIK 2016**
- 35 GENERALSEKRETARIAT**

DIE METAMORPHOSEN DER uniko: FORTITER ET CONSTANTER

Vom gemischten Doppel zum
Frontmann der Kongregation



Das Jahr 2016 hatte für mich arbeitsintensiv begonnen. Sonja Hammerschmid, Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität, folgte dem Theologen und Philosophen Heinrich Schmidinger als uniko-Präsidentin nach – als erste Frau in der 105-jährigen Geschichte dieser Kongregation. Ich stand ihr als neuer Vizepräsident zur Seite, und Sonja wollte die Amtsführung, von der ersten gemeinsamen Pressekonferenz am 15. Dezember 2015 an, im Sinne einer sichtbaren Doppelspitze gestalten.

Das stieß auf zwei Hemmnisse: Erstens sind hochfrequente Wien-Termine von Klagenfurt aus eine euklidische Herausforderung. Zweitens will die Öffentlichkeit eine klare *frontwoman*; zwei Verantwortliche überspannen den Komplexitätsbogen bereits. Die Lage sollte bald einfacher und schwieriger zugleich werden.

Am späten Abend des 16. Mai, Pfingstmontag, rief mich Sonja an und sagte in einer Mischung aus gespannter Erwartung und Bedauern: „Ihr müsst leider ohne mich weitermachen.“ Sie hatte als Bildungsministerin der Regierung Kern/Mitterlehner zugesagt. Nach beherzten Versuchen, den Kelch an mir vorübergehen zu lassen, wurde ich am 6. Juni 2016 mit Freude und Tatendrang zum Präsidenten gewählt.

Neben diversen anderen Agenden stand ein Thema, wie schon bei vielen meiner Vorgänger und wie schon bei

Hammerschmid/Vitouch, im Vordergrund: die Frage der Qualität, der Leistungskraft und der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der 21 österreichischen Universitäten. Diese Fragen sind, das ist empirisches Faktum, auf das Engste mit jener der Finanzierung in Relation zu den Studierendenzahlen verbunden. Die diesbezüglichen groben Mängel sind daher seit Jahr und Tag das vorrangige Gravamen der uniko. Kein Wunder, dass die jüngst veröffentlichte „Autonomy Scorecard“ der European University Association (EUA) Österreichs Universitätssystem nur ein Mittelmaß an Autonomie bescheinigt.

Chancen für Verbesserungen

Es ist indes kaum möglich, auf 2016 zurückzuschauen, ohne auch auf die Gegenwart zu blicken. Nach der „Welser Rede“ des Bundeskanzlers, dem uniko-Neujahrsempfang und dem im Jänner 2017 aktualisierten Arbeitsprogramm der Bundesregierung bestehen konkrete Chancen, im engen Zusammenwirken mit Wissenschaftsressort und Vizekanzler zukunftsweisende systemische Verbesserungen zu erreichen.

Zugleich sind wir mit verheerenden internationalen Entwicklungen etwa in den USA, der Türkei und Ungarn konfrontiert. US-Behörden wurde jüngst nahegelegt, den Ausdruck „Klimawandel“ zu vermeiden. Getilgte Begriffe: nicht Orwell 1984, sondern Trump 2016/17. Der Jahresbericht 2017 wird im Guten wie im Schlechten zeigen, was sich aus all dem ergeben hat. Seitens der Universitäten wird es einen klaren Prüfstein geben: *Facta, non verba*.

FLIEGENDER WECHSEL AN DER TEAMSPITZE OHNE BALLVERLUST

Der Blick zurück auf 2016 zeigt, dass in diesem Jahr einiges in Bewegung geraten ist. Zum einen ein zweifacher Wechsel an der Spitze der uniko. Der erste planmäßig, als nach Ablauf der zwei Amtsperioden von Heinrich Schmidinger als uniko-Präsident Sonja Hammerschmid als erste Frau in dieser Funktion den uniko-Vorsitz übernahm. Der zweite Wechsel kam unerwartet, als Sonja Hammerschmid von Bundeskanzler Kern als Bildungsministerin in dessen neues Regierungsteam geholt wurde, nachdem sie als uniko-Präsidentin gerade erst viereinhalb Monate im Amt war.

Mit Oliver Vitouch fand die uniko einen Nachfolger, der in einer Art fliegendem Wechsel einige Bälle auffangen musste, die seine Vorgängerin / Vorgänger und die Politik in die Luft geworfen hatten. Darunter nicht nur kleine Jonglierbälle, sondern durchaus einige, die eher das Gewicht von Medizinbällen haben – und einige, die schon gefühlte Ewigkeiten in der Luft sind, die aber niemand fangen konnte. Ein solcher ist ganz gewiss die Verankerung einer wettbewerbsfähigen Finanzierung für Universitäten, die die realen Kapazitäten in den Blick nimmt und sich damit auch den Tabuthemen von begrenzten Studienplätzen und Aufnahmeverfahren nicht verweigert.

Zwischen Exzellenz und Relevanz

Wechsel gab es aber auch an der Spitze von wichtigen Einrichtungen, mit denen die uniko eng zusammenarbeitet: Antonio Loprieno, als neuer Vorsitzender des Wissenschaftsrates, diskutierte mit der uniko im Rahmen einer Veranstaltung die Frage,

Jonglierkünste mit neuen Köpfen
und ewig jungen Themen

wie sich eine moderne Universität strategisch zwischen Exzellenz und Relevanz positionieren könne. Gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat fand sich die uniko auch im Projekt „Zukunft Hochschule“ des Wissenschaftsministeriums wieder, in dem unter anderem die Debatte um die unterschiedlichen Rollen von Fachhochschulen und Universitäten geführt wird. Ein anderer zentraler Prozess, der alle Stakeholder verbindet, war die Strategieentwicklung zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung. Ein Thema, das den Universitäten ein großes Anliegen ist.

Mit dem neu gewählten Präsidenten des Wissenschaftsfonds FWF, Klement Tockner, kam auch von dieser Seite eine neue Dynamik in die Wissenschaftslandschaft, konkret mit Plänen für eine Wissenschaftsallianz und ein Exzellenzprogramm für die Wissenschaft.

2016 war ein Jahr, in dem neue Verantwortungsträger ins Spiel kamen. Das Projekt „Zukunft Hochschule“, „Studienplatzfinanzierung“, „Hochschulzugang“, „Exzellenz und Relevanz“ und „soziale Dimension“ sind nur einige der Bälle, die diesen neuen Playern zugespielt wurden bzw. die sie selbst ins Spiel gebracht haben. Die uniko war und ist mit sehr viel Einsatz auf diesem Spielfeld unterwegs, und für 2017 lässt sich hoffen, dass der eine oder andere Pass und *touchdown run* gelingt, damit einige dieser Bälle über die Ziellinie gebracht werden können.



„ZUKUNFT HOCHSCHULE“: STARTSCHUSS FÜR REFORMPROJEKT DES JAHRZEHNTS

Kurs auf abgestimmte Profilbildung und
Universitätsfinanzierung neu



„Ich setze weiterhin auf den
wertschätzenden Austausch
und die partnerschaftliche
Zusammenarbeit mit der
Universitätenkonferenz.“

Der Jahresbericht der Universitätenkonferenz ist stets ein guter Anlass, um zurückzublicken und nach vorne zu schauen. Hinter uns liegt ein arbeitsreiches Jahr mit großen Herausforderungen einerseits, aber auch wesentlichen Meilensteinen andererseits.

In der Forschung haben wir mittlerweile mit 3,07 Prozent die zweithöchste Forschungsquote in der EU und liegen im European Innovation Scoreboard unter den Top 10. Damit geben wir uns nicht zufrieden, daher investieren wir in den kommenden fünf Jahren rund 700 Millionen Euro in den Wissenschafts- und Forschungsstandort. Dabei erhöhen wir auch sukzessive das FWF-Budget, was wiederum den Universitäten zugutekommt. In diesem Sinne wollen wir die Wissensgesellschaft weiter ausbauen, davon profitieren Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Die fortschreitende Akademisierung der Gesellschaft erfordert ein differenziertes Hochschulsystem. Umso wichtiger ist daher die Frage nach einer optimalen Justierung des Systems, die letztlich auch die Basis für eine sinnvolle Weiterentwicklung der österreichischen Hochschulen bildet. Mit dem 2016 gestarteten Prozess „Zukunft Hochschule“ habe ich das umfangreichste Reformprojekt seit der Bologna-Umstellung initiiert und die Weichen für eine Weiterentwicklung der Hochschulen gestellt, indem deren Profil-

bildung und Schwerpunktsetzungen abgestimmt forciert werden sollen. Damit stärken wir letztendlich auch die Wettbewerbsfähigkeit und erhöhen die Sichtbarkeit sowohl national als auch international.

Die Universitätsbudgets sind kontinuierlich gestiegen und liegen mit über 9,7 Milliarden Euro für die laufende Dreijahresperiode auf Rekordniveau. Aufgrund der stetig wachsenden Studierendenzahlen war diese Entwicklung an den Universitäten aber zu wenig spürbar. Ziel ist es, eine nachhaltige Verbesserung durch ein effizienteres System zu schaffen. Wir müssen mehr Planbarkeit für die Hochschulen sicherstellen und wollen, dass jeder Studienanfänger und jede Studienanfängerin Bedingungen vorfindet, die einen rascheren Abschluss des Studiums mit hoher Wahrscheinlichkeit ermöglichen.

Universitätsfinanzierung NEU

Die Universitätsfinanzierung NEU soll sowohl Lehre als auch Forschung langfristig auf neue Beine stellen. Auch an dieser Stelle darf ich der uniko für ihren Beschluss und ihr Bekenntnis zu flächendeckenden Eignungsverfahren danken.

Im Jahr 2017 wartet somit eine Fülle an Themen und Aufgabenstellungen auf uns. Ich setze weiterhin auf den wertschätzenden Austausch und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Universitätenkonferenz sowie allen Einrichtungen und Stakeholdern. Gemeinsam werden wir den Wissenschaftsstandort Österreich auch in Zukunft stärken und weiterentwickeln.

STARKE UNIVERSITÄTEN FÜR EIN STARKES EUROPA

2016 war ein stürmisches Jahr für Europa, geprägt von Terroranschlägen, Migrationskrise, Brexit, zunehmendem Populismus und einem Führungswechsel in den Vereinigten Staaten. Diese Ereignisse werden auch in den nächsten Jahren Auswirkungen auf Europa und unsere Universitäten haben. In diesen schwierigen Zeiten müssen wir versuchen, noch besser zusammenzuarbeiten, um die Probleme der sich wandelnden Welt anzugehen und um sicherzustellen, dass unsere Universitäten stärker denn je sind.

Wahrung universitärer Werte

Als der größte und vielfältigste Universitätsverband arbeitet die EUA sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene für die Weiterentwicklung eines europäischen Hochschul- und Forschungsraumes. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern bemühen wir uns um die Wahrung universitärer Werte, Weiterentwicklung von Autonomie sowie die Stärkung der Rolle der Universitäten in unserer Gesellschaft. Die 27 österreichischen EUA-Mitglieder, darunter die uniko, spielen dabei eine wichtige Rolle.

Wir blicken auf eine besonders aktive und erfolgreiche Periode zurück. Im Jahr 2016 führten wir eine umfassende Mitgliederbefragung zu den Erfahrungen mit Horizont 2020 und Erasmus plus durch. Viele österreichische Universitäten haben dabei mitgewirkt. Die daraus resultierenden Empfehlungen diskutieren wir derzeit mit den relevanten Entscheidungsträgern in Brüssel. Wir entwickelten gemeinsam mit unseren Mitgliedern eine erste Vision

Eine gemeinsame Vision für eine
Welt im Wandel

für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Ein zentraler Aspekt dabei ist eine überzeugende Argumentation für eine ausreichende öffentliche Finanzierung für Universitäten, die wir durch eine zielgerichtete Kampagne auch für den nächsten europäischen Finanzrahmen weiterführen werden.

Das vergangene Jahr war auch stark geprägt von Beiträgen zur Open-Access-Debatte sowie zum Bologna-Prozess mit einem starken Fokus auf Lernen und Lehre. Bei der Förderung universitärer Werte, wie akademischer Freiheit und Toleranz, konzentrieren wir uns auf Fälle, in denen diese Werte besonders unter Druck stehen. Im Rahmen der Flüchtlingskrise arbeiten wir mit Universitäten in ganz Europa zusammen, um Initiativen zur Unterstützung von betroffenen Akademikern und Studenten aufzuzeigen.

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, aber es gibt noch vieles zu tun, um sicherzustellen, dass die Universitäten in Europa bereit sind, sich den heutigen Herausforderungen zu stellen. Das Motto der EUA ist „Starke Universitäten für ein starkes Europa“. Ich freue mich auf eine weitere enge Zusammenarbeit mit den österreichischen Universitäten, um diese Vision in bester Weise zu fördern.



KONSTANTEN UND WECHSELFÄLLE: EIN REGIERUNGSSITZ FÜR DIE uniko-SPITZE

Die Fürsprecher der Universitäten finden sich erstmals in beiden Koalitionsparteien

Drei verschiedene Namen an der Spitze der Kongregation (© Oliver Vitouch) binnen fünf Monaten – das gilt auch in der mehr als 105-jährigen Geschichte der Rektoren- bzw. Universitätenkonferenz als Ausnahmefall. Bis Silvester 2015 hatte Heinrich Schmidinger das Präsidentenamt in der uniko inne, am Neujahrstag 2016 folgte ihm die kurz zuvor gewählte Sonja Hammerschmid, nach den Pfingstfeiertagen übernahm ihr Stellvertreter Oliver Vitouch den Vorsitz in geschäftsführender Funktion, bevor er am 6. Juni vom Plenum der uniko offiziell zum Präsidenten bestellt wurde.

Die Chronik der Ereignisse veranlasste den seit Ende 2013 amtierenden Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner bei seinem mittlerweile vierten uniko-Neujahrsempfang im Jänner 2017 zur launigen Bemerkung: Früher sei der Präsident der uniko eine Konstante im Zeitgeschehen gewesen, „heute ist das der Minister“.

In einer zukünftigen Rückschau könnte diese Konstellation einmal als hochschulpolitische Zäsur erkannt werden: Auch wenn die Universitäten in der unendlichen Geschichte der Finanzierung und Zugangsfrage noch immer auf die verbindliche Einlösung von Versprechen warten, hat sich durch die „Konstante“ in Gestalt von Vizekanzler und ÖVP-Obmann Reinhold Mitterlehner, aber auch durch den Wechsel der vormaligen Rektorin Sonja Hammerschmid in das Unterrichtsressort der Bundesregierung – seit Mai 2016 unter der Führung von Bundes-

kanzler und SPÖ-Chef Christian Kern – Entscheidendes bewegt: Die Universitäten finden erstmals seit vielen Jahren in beiden Regierungsparteien Verständnis für ihre Anliegen; was nicht zuletzt dem Wirken der vormaligen uniko-Präsidentin – seit der Angelobung als Ministerin Mitglied der SPÖ – geschuldet sein dürfte.

Am 12. Jänner 2016 hatte Sonja Hammerschmid in ihrer Rede zum Neujahrsempfang der uniko den versammelten Spitzen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zugerufen: „Werden Sie zu Mitstreiterinnen und Mitstreitern für den Stellenwert unserer Universitäten. Ermutigen wir die Politik, über das Tagesgeschäft hinauszublicken.“ Ein Appell, den die Politikerin, wie es scheint, auch als Zuständige für den primären und sekundären Bildungssektor nicht vergessen hat.

Kein Vorrang für Wissenschaft

In den viereinhalb Monaten als neues Gesicht der uniko stieß Hammerschmid einiges an, worauf ihr Nachfolger aufbauen konnte, speziell bei der Diskussion um den Fächerabgleich innerhalb der Universitäten im Rahmen des Projekts „Zukunft Hochschule“. Eine Enttäuschung – nämlich die Präsentation des Bundesfinanzrahmens – blieb auch der uniko-Präsidentin nicht erspart, was sie Ende April in ihrer Pressekonferenz anprangerte: Eine Priorität für Wissenschaft und Forschung sei in den Zahlen nicht erkennbar.

Wenig später, der überraschende Jobwechsel Hammerschmids lag drei Wochen zurück, setzte der neue uniko-Präsident nach: „Wir wollen endlich Taten sehen“, forderte

Oliver Vitouch die Regierung am 7. Juni auf; es war seine Antrittspressekonferenz in Wien am Tag nach seiner Wahl an der Universität Klagenfurt, wo er seit Herbst 2012 das Rektorsamt bekleidet. Für eine wettbewerbsfähige Finanzierung brauche es eine rasche Abbildung im Bundesfinanzrahmen (bis 2020), was für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode (2019–2021) einen zusätzlichen Betrag zum Universitätsbudget von mindestens 500 Millionen Euro jährlich bedeute. Zudem bekräftigte der neue Vorsitzende die langjährige Forderung nach einem „effizienten Studienplatzmanagement“, verbunden mit angemessenen und fairen Aufnahmeverfahren.

Allerdings folgte die Ernüchterung auf dem Fuß: Bei der von der Regierung Mitte Juli verkündeten Milliarde für den Bildungsbereich aus der „Bankenabgabe“ waren die Universitäten bestenfalls marginal und indirekt bedacht worden – „eine extrem bittere Pille“, wie Vitouch anmerkte.

Anzeichen einer Dynamik

Im August waren plötzlich Anzeichen einer Dynamik in der Koalition zu erkennen: Der uniko-Präsident konstatierte erstmals ein „Ende des politischen Dornröschenschlafs“ in der SPÖ, nachdem sich Bundeskanzler Kern in die Diskussion um Zahl und Finanzierung von Studienplätzen eingeschaltet hatte. Ab Herbst nahm die öffentliche

Debatte um eine Studienplatzfinanzierung Schwung auf: Wissenschaftsminister Mitterlehner hatte eröffnet, für 2019 ein entsprechendes System zu etablieren.

Auch sonst kam Bewegung in die Scientific Community: Im November präsentierte Vitouch mit dem Präsidenten des Wissenschaftsfonds FWF, Klement Tockner, den Entwurf eines „Exzellenzprogramms für die heimische Wissenschaft“. Wenig später trafen sich erstmals die Gründungsmitglieder der „Allianz der österreichischen Wissenschaftsorganisationen“, darunter die Spitzen von FWF, des IST Austria, der Akademie der Wissenschaften und der uniko.

Der Wendepunkt nach Jahren der Lethargie zeichnete sich jedoch im Jänner 2017 ab, als Bundes- und Vizekanzler zum Monatsende den „Koalitionspakt neu“ vorstellten: Unter der Überschrift „Hochschulen Richtung Weltspitze entwickeln“ versprach die Bundesregierung nicht nur die „Einführung eines Studienplatzmodells an öffentlichen Universitäten“, verbunden mit einem Umsetzungskonzept bis Juni 2017, sondern auch eine „Anpassung des Hochschulbudgets“.

Sofern den geschriebenen Worten auch Taten folgten, wäre dies, so der uniko-Präsident in einer ersten Stellungnahme, eine „Sensation“. Voraussetzung wäre freilich ein Fortbestand der labilen Koalition – wenigstens bis Herbst 2017. **mk**

uniko-INTERN

Anlässlich der 60. Plenarversammlung der **Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko)** am 6. Juni wurde **Oliver Vitouch**, Rektor der Universität Klagenfurt, ebendort zum neuen Präsidenten der uniko gewählt. Seit Jahresbeginn 2016 Vizepräsident der uniko, folgte Vitouch auf **Sonja Hammerschmid**, die am 17. Mai des Jahres ihr Amt als Präsidentin niederlegte, um als Bildungsministerin eine neue Aufgabe in der Bundesregierung zu übernehmen. Als Vizepräsidentin und Präsidiumsmitglied wurde die Rektorin der Wirtschaftsuniversität Wien, **Edeltraud Hanappi-Egger**, bisher kooptiertes Mitglied des Präsidiums, gewählt. Die Funktionsperiode des neuen Präsidenten und seiner Stellvertreterin dauert ebenso wie jene der übrigen Präsidiumsmitglieder bis Ende 2017.



1 WELTGEWANDT. Verleihung des Menschenrechtspreises der Universität Graz an den Stellvertretenden UN-Flüchtlingshochkommissar und Spitzenjuristen **Volker Türk** am 13. Mai 2016: Festakt in der Aula mit Rektorin **Christa Neuper** und Völkerrechtsexperten **Wolfgang Benedek**.

2 ANGEWANDT. Zum Start der Sanierung des sogenannten „Schwanzer-Trakts“ im Hauptgebäude und der Erweiterung der Räume legen **Gerald Bast** (rechts), Rektor der Universität für angewandte Kunst Wien, und **Hans-Peter Weiss**, Geschäftsführer der Bundesimmobilien-gesellschaft (BIG), am 6. Juli 2016 selbst Hand an.

3 FESTGEWANDT. Altrektor **Josef Smolle** (links) übergibt am 7. Juni 2016 sein Amt offiziell an den neuen Rektor der Medizinischen Universität Graz, **Hellmut Samonigg**, im Beisein von Pedellin **Doris Zenz**.

4 STIMMGEWANDT. In Würdigung seiner vielfältigen Leistungen ernennt die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw) den Startenor, Dirigenten und Publikumsliebbling **Plácido Domingo** am 14. November 2016 zum Ehrenmitglied der mdw – im Bild mit Rektorin **Ulrike Sych**.

5 IM KLANG BEWANDT. Überragt von Beethovens Monument gratuliert Bürgermeister **Siegfried Nagl** Rektorin **Elisabeth Freismuth** anlässlich des Festkonzerts im Stefaniensaal im Grazer Congress am 16. November zum 200-Jahre-Jubiläum der Kunstuniversität Graz (KUG).

6 ANVERWANDT. Rektor **Meinhard Lukas**, flankiert von den Gründungsprofessoren **Ernest Kulhavy** (links) und **Friedrich Fürstenberg**, beim Festakt zum Jubiläum „50 Jahre Johannes Kepler Universität Linz“ am 8. Oktober 2016.

VONEINANDER UNABHÄNGIG ODER MITEINANDER VERSCHWÄGERT?

Je nach Blickwinkel sind uniko und Wissenschaftsrat zwei voneinander völlig unabhängige oder aber zwei miteinander verschwägte (wenn nicht verbrüdete) Gremien. Voneinander völlig unabhängig: Die uniko ist ein von ihren Mitgliedern *bottom up* getragener Verein, der sich als Stimme der Universitäten versteht; der Wissenschaftsrat ist ein vom Gesetzgeber *top down* eingesetztes Beratungsorgan, das sich dem gesamten Wissenschaftssystem verpflichtet fühlt.

Suche nach institutionellen Entscheidungen (etwa im Bereich der Studienplatzfinanzierung) auf der einen Seite, Erarbeitung strategischer Empfehlungen für Österreichs Positionierung im wissenschaftlichen Bereich (wie etwa 2016 für die private Trägerschaft von Universitäten) auf der anderen Seite. In der Realität ist jedoch das, was uns verbindet, unvergleichbar wichtiger als die unterschiedlichen Strukturen, weil sich unsere Wissenschaftslandschaft im Wandel befindet.

Auf Abstimmung angewiesen

In ihrem Dienst an einem wettbewerbsfähigen österreichischen Bildungsraum sind uniko und Wissenschaftsrat zwei Akteure, von denen unsere Gesellschaft eine transformative Wirkung erwartet, weshalb sie auf Zusammenarbeit und Abstimmung angewiesen sind. 2016 wurden in unseren beiden Gremien neue Verantwortliche gewählt bzw. ernannt, denen die Zusammenarbeit auch persönliche Freude bereitet. In der nationalen Politik sind mit dem Projekt „Zukunft Hochschule“ und mit der Entscheidung für einen Ausbau

uniko und Wissenschaftsrat im gesellschaftlichen Diskurs

der Forschungsfinanzierung zwei wichtige Initiativen in die Wege geleitet worden, bei denen sich unsere Gremien in spannendem Dialog mit dem Ministerium und mit Partnern aus anderen Bereichen der Wissenschaftslandschaft befinden.

Mehr als je zuvor wurde uns 2016 die von der Hochschulforschung thematisierte „Vergesellschaftung“ unseres Hochschulwesens klar vor Augen geführt: uniko und Wissenschaftsrat sind Teil eines intensiver gewordenen gesellschaftlichen (d. h. auch wirtschaftlichen, kulturellen oder publizistischen) Diskurses, von dem es sich nicht abstrahieren lässt. Früher waren wir nur unserem Träger gegenüber rechenschaftspflichtig, jetzt bringen sich auch andere gesellschaftliche Akteure direkt oder indirekt in unsere Entscheidungen und Empfehlungen ein. Und vielleicht vermag gerade diese gemeinsame enzyklopädische Erwartung (dieses gemeinsame Leid?) uns noch mehr zum Dialog zu ermuntern.

Der Wissenschaftsrat dankt der uniko für ihre Offenheit gegenüber einem nicht immer bequemen Partner, freut sich auf den Ausbau unserer Zusammenarbeit und wünscht allen österreichischen Universitäten viel Erfolg in der Umsetzung ihrer Strategien. Wenn die wichtigste Säule unseres Wissenschaftssystems nachhaltig und stabil bleibt, wird das ganze Gebäude von Leben gefüllt sein.



„Der Wissenschaftsrat dankt der uniko für ihre Offenheit gegenüber einem nicht immer bequemen Partner.“

„DIE HEUTIGE UNIVERSITÄT IST EINFACH PROFESSIONELLER“

Gerhart Holzinger über rechtswissenschaftlichen Sachverstand, universitäre Leitungsorgane, studentisches Interesse und Universitätszugang



Gerhart Holzinger
(Jahrgang 1947)
Reifeprüfung 1966; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, 1972 Promotion zum Dr. jur.; 1973 bis 1975 Universitätsassistent; danach im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, ab 1984 dessen Leiter, 1992 Sektionschef; 1995 Mitglied, seit 1. Mai 2008 Präsident des VfGH. 1997 Habilitation an der Universität Graz; seit Oktober 2016 Vorsitzender des Universitätsrates

Der Verfassungsgerichtshof stand 2016 wegen der Aufhebung der Bundespräsidentenwahl im Brennpunkt der Innenpolitik wie selten in der 2. Republik. Das Gremium musste auch von Universitätsprofessoren beinharte Kritik einstecken. Hat ein derart kontroversieller Diskurs Auswirkungen auf das Bild der Wissenschaft und ihrer Protagonisten in der Öffentlichkeit?

Gerhart Holzinger: Selbstverständlich. Zum einen gilt: Die Freiheit der Meinung, insbesondere der wissenschaftlichen Meinung, ist ein hohes Gut. In unserer modernen Mediengesellschaft wird der Meinungsstreit in intensiver Weise transportiert. Wenn daraus in der Öffentlichkeit der Eindruck der Beliebigkeit rechtswissenschaftlicher Positionen entsteht, im Sinne des alten Scherzwortes „drei Juristen – sieben Meinungen“, ist das nicht erfreulich. Aber das muss jeder, der sich zu Wort meldet, für sich bewerten. Zum anderen, was den Verfassungsgerichtshof anlangt, möchte ich zwei Dinge betonen. Erstens: Als Präsident habe ich mich gegen die Unterstellung verwahrt, der Gerichtshof habe aus Angst oder Gefälligkeit entschieden. Und zweitens möchte ich die Rolle des Verfassungsgerichtshofs ganz deutlich vom rechtswissenschaftlichen Meinungsstreit absetzen.

Wie lässt sich dieser Spagat argumentieren?

Holzinger: Unsere Aufgabe ist es nicht, uns am rechtswissenschaftlichen Diskurs zu beteiligen, sondern juristische Streitfragen,

wie eben jene im Zuge der Bundespräsidentenwahl, zu entscheiden. Das ist etwas komplett anderes, als wenn ein einzelner Wissenschaftler seine eigene Meinung äußert. In der öffentlichen Diskussion ist es auch kein Problem, seine Meinung zu ändern. Beim Verfassungsgerichtshof als Institution wäre das ein Problem: Man muss ja darauf vertrauen können, dass unsere Rechtsprechung wohl überlegt, gut begründet und vor allem beständig ist.

Sie sind als bisheriges Mitglied des Universitätsrats der Universität Graz im Oktober 2016 zum Vorsitzenden gewählt worden. Fällt die Vorsitzführung in einem derart heterogen besetzten Gremium leichter als unter Fachkolleginnen und -kollegen?

Holzinger: Es gibt da ganz eklatante Unterschiede: Im Verfassungsgerichtshof geht es darum, dass man Rechtsfragen mit teils beträchtlichen politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen in einem Gremium von 14 Top-Juristinnen und Top-Juristen entscheidet. Demgegenüber ist der Universitätsrat ein Kollegium, dem vom Gesetzgeber der Auftrag zukommt, eine wichtige Kontrollfunktion innerhalb der Universität zu erfüllen, aber auch wichtige Aufgaben bei deren strategischer Ausrichtung wahrzunehmen; ein Gremium, das aus Vertretern verschiedenster Professionen zusammengesetzt ist. Entscheidend ist, dass der Universitätsrat die Gesellschaft in der Universität repräsentieren soll. Insofern sind diese zwei Kollegien schwer miteinander vergleichbar. Ich habe aber weder da noch dort Schwierigkeiten, das Gremium zu leiten.

Das Zusammenspiel zwischen obersten Leitungsorganen – Rektorat, Unirat, Senat – gibt an manchen Universitäten bisweilen Anlass für Kritik. Sehen Sie bei den Kompetenzen oder der Zusammensetzung Änderungsbedarf?

Holzinger: An der Universität Graz nehme ich das Verhältnis als ausgesprochen kooperativ wahr. Probleme, die ich von anderen Universitäten höre, gibt es hier nicht. Grundsätzlich ist das Verhältnis der drei Leitungsorgane der Universität in hohem Maße durch den Gesetzgeber vorgegeben, und es ist die Aufgabe jedes dieser Organe, in diesem institutionellen Rahmen nach einem Höchstmaß an Kooperation zu trachten. Dass unterschiedliche Auffassungen in kollegialer Weise ausgetragen werden, dafür muss jedes Organ seinen Anteil leisten, in erster Linie der Universitätsrat.

Sie haben seit 1998 die Lehrbefugnis in Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Graz. Welche praktischen Erfahrungen haben Sie im Hörsaal mit angehenden Juristinnen und Juristen gemacht?

Holzinger: Sehr interessante: Ich bin seit Jahrzehnten als akademischer Lehrer an verschiedenen Universitäten tätig gewesen, auch an der Universität Salzburg und der Wirtschaftsuniversität. An der Universität Graz lehre ich in einem Seminar für junge Juristinnen und Juristen gemeinsam mit anderen Kollegen über die Rechtspre-

chung von Höchstgerichten, auch europäischen. Für mich ist es äußerst aufschlussreich zu sehen, welch große Sachkenntnis und erstaunlich hohes Niveau die jungen Leute – durchwegs fortgeschrittene Studierende – mitbringen. Es ist immer wieder bemerkenswert, dass diese Studierenden Gesichtspunkte in die juristische Diskussion einbringen, die sich bisweilen von dem unterscheiden, was Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs in ihren Beratungen ins Treffen führen. Ich bin dabei also immer ein Lernender und ein Lehrender gewesen und möchte das nicht missen.

Ein Mittel gegen Betriebsblindheit im juristischen Räderwerk?

Holzinger: Für mich ist das, je älter ich werde, immer wieder eine Chance, mit jungen Menschen ein intensiveres Gespräch zu führen. Ich profitiere davon selbst sehr viel und hoffe, dass ich umgekehrt auch etwas mitgeben kann. Ich glaube auch, dass dieses Praxiswissen geschätzt wird. Zudem animiere ich die Jungen, zu einer unserer mündlichen Verhandlungen im Verfassungsgerichtshof zu kommen. In manchen Fällen ist es auch schon geschehen, dass aus den Seminaren Bewerbungen für den Mitarbeiterstab des Gerichtshofs gekommen sind.

In den ersten Jahren Ihres Studiums haben Sie die sogenannte 68er-Bewegung, geprägt von den Protesten der Studentinnen

STICHWORT Verfassungsgerichtshof

Dem **Verfassungsgerichtshof (VfGH)** obliegt es, die Einhaltung der Verfassung zu kontrollieren. Durch seine Aufgabe als „Grundrechtsgerichtshof“ und seine Zuständigkeit zur Prüfung von Gesetzen und Verordnungen ist er in besonderer Weise dazu berufen, der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung Wirksamkeit zu verschaffen und ihren Bestand zu sichern. Für den Fall einer (behaupteten) Verletzung der Verfassung ist der VfGH von der Bundesverfassung als jenes Organ eingerichtet, das darüber endgültig zu entscheiden und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen hat. Der Verfassungsgerichtshof wird grundsätzlich nur auf Antrag tätig; er besteht aus 14 Mitgliedern (darunter Präsident und Vizepräsidentin) und verfügt über sechs Ersatzmitglieder.

und Studenten, quasi als Zeitzeuge miterlebt. Wie beurteilen Sie – fast fünfzig Jahre später – die Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung anno 2017?

Holzinger: Mir ist das erst als Mitglied des Universitätsrats bewusst geworden: Die heutige Universität ist einfach – bei allem Respekt vor der altherwürdigen Institution, an der ich studiert habe – viel professioneller, unter dem Gesichtspunkt des Managements, das ist überhaupt keine Frage. Andererseits ist die globale Wettbewerbssituation, in der Österreichs Universitäten stehen, wesentlich intensiver geworden. Ich habe mein Jus-Studium an der Universität Salzburg in der Meinung absolviert, als Jurist sei man auf die Rechtsordnung des eigenen Staates beschränkt. Schon Mitte der Siebzigerjahre, als man mich als jungen Beamten im Bundeskanzleramt in Expertenkomitees des Europarats schickte, war ich erstaunt, dass die nationale Betrachtungsweise nicht die ganze Wahrheit ist. Das ist natürlich heute in noch viel höherem Maße der Fall. Insofern sind die Herausforderungen für die jungen Leute viel größer als zu meiner Zeit. Dafür sind auch die Möglichkeiten beachtlich – Stichwort Erasmus-Programm. Das ist ein wirklicher Segen, das gehört für mich zu den Top-Pluspunkten der europäischen Integration.

Sehen Sie auch Nachteile?

Holzinger: Die jungen Leute sind viel ernsthafter, aber auch angespannter als damals. Als jung ausgebildeter Jurist konnte man sich in den Siebzigern aussuchen, wohin man geht, um seinen Beruf auszuüben. Heute herrscht ein immenser Leistungsdruck – in ein und demselben Land hat sich die Landschaft für Personen mit akademischem Abschluss völlig verändert. Und was die 68er-Generation betrifft: Schon seinerzeit habe ich so manches, was damals propagiert wurde, nicht für vernünftig gehalten.

Der Verfassungsgerichtshof hat 2012 und 2013 mit seinen Erkenntnissen gegen die Übertragung der Kompetenz für die Einhebung von Studiengebühren in die Autonomie der Universitäten für heftige Diskussionen gesorgt. Sie haben dabei die besondere Verantwortung des Staates für die öffentlichen Universitäten betont.

Holzinger: Ich habe in meiner Jugend davon profitiert, dass jemand, der wie ich aus einfachen Verhältnissen stammt, studieren konnte. Heute wäre ich ein *First Academic*, weil keiner meiner Vorfahren auch nur annähernd in die Nähe eines Gymnasiums oder einer Universität gekommen ist. Ich bin diesem Staat und den damals politisch Verantwortlichen dankbar für die Möglichkeit eines Studiums, und dass ich – auch dank eines Stipendiums – nicht an materiellen Barrieren gescheitert bin.

Wie beurteilen Sie grundsätzlich das Thema Universitätszugang?

Holzinger: Es darf auf keinen Fall passieren, dass jemand deshalb nicht studieren kann, weil er oder sie es sich nicht leisten kann. Durch ein vernünftiges Beihilfensystem ist so etwas recht gut zu gestalten – damit diejenigen studieren können, die für das betreffende Studium und die damit zusammenhängende Berufstätigkeit am besten geeignet sind. Insofern hoffe ich, dass die angedachte Studienplatzfinanzierung auch realisiert wird. Nicht damit weniger studieren können, sondern um nicht die Lebenszeit junger Menschen zu vergeuden. Man muss also den Zugang zum Studium so organisieren, dass diejenigen studieren können, die für sich selbst und die Gesellschaft den größten Nutzen daraus ziehen. Ich halte das für einen großen Fortschritt, wenn man den freien Hochschulzugang jetzt in diesem Sinn weiterentwickelt.

Das Interview führte Manfred Kadi.

ÖSTERREICHS UNIVERSITÄTEN werden immer mehr durch internationalen Austausch geprägt, wobei Migration und Integration zunehmend an Bedeutung gewinnen. Eine MORE-Studentin und ein Professor geben ihre Eindrücke und Erfahrungen auf akademischem Boden wieder. Nachstehend die Momentaufnahmen in Form von Antworten auf folgende drei Fragen:

Frage 1: Wie beurteilen Sie das vorhandene Studienangebot bzw. die Möglichkeiten von Lehre und Forschung?

Frage 2: Spielen nationale Identitäten im Universitätsalltag eine Rolle?

Frage 3: Was hat Sie, als Sie an eine österreichische Universität kamen, am meisten überrascht?

„DIE UNI LATAKIA IST GRÖßER“

Hiba Jamous, Universität Linz

Antwort zu 1: Ich habe in Syrien BWL studiert. Über die Angebote in Linz kann ich noch nicht viel sagen, weil ich noch im MORE-Programm studiere und erst die B2-Prüfung in Deutsch machen muss. Wenn ich es schaffe, möchte ich Wirtschaftswissenschaften studieren.

Antwort zu 2: Nein, das glaube ich nicht. Es gefällt mir sehr gut, dass hier Menschen aus so vielen verschiedenen Ländern studieren. Ich fühle mich hier sehr wohl und die Universität wirkt international auf mich.

Antwort zu 3: Die Universität in Latakia ist größer, und es sind dort viel mehr Studenten.

„MEIN STEIRISCH IST VERBESSERUNGSFÄHIG“

Univ.-Prof. Dr. Kerem Öktem, Universität Graz

Antwort zu 1: Vor meinem Ruf nach Graz war ich mehrere Jahre in Oxford in einer Forschungsstelle, wo ich nur wenig gelehrt habe. Ich musste mich erst an das Lehrdeputat einer Professorenstelle gewöhnen. Aber die Studierenden sind international ausgerichtet und vielseitig interessiert, da ist die Lehre dann viel mehr als nur die Vermittlung von Wissen. Die akademische Freiheit in Forschung und Lehre muss ich hier ebenfalls betonen, das ist nicht überall so, auch nicht in Europa.

Antwort zu 2: Vielleicht in den ersten Monaten, wenn man sich noch orientieren muss. Da warten die Fettnäpfchen! Als Deutscher bin ich ja auch nicht

ganz so fremd, auch wenn mein Steirisch noch verbesserungsfähig ist. Aber der Unialltag ist durch Vielfalt und vor allem Professionalität geprägt, da spielt die Herkunft letztendlich keine Rolle.

Antwort zu 3: Die Kollegialität und das entspannte Miteinander sowie die Möglichkeit, auch über die Fakultäts-grenzen hinweg zu arbeiten. Unser Zentrum für Südosteuropaforschung zum Beispiel ist ja stark interdisziplinär ausgerichtet. Aktuell bieten wir eine inter-fakultäre Ringvorlesung zum Thema „Muslimische Lebenswelten in Europa“ an, bei der auch die Theologie, die Geisteswissenschaften und die Rechtswissenschaften beteiligt sind. Ohne die Unterstützung eines engagierten Rektors wäre dies sicherlich nicht durchzusetzen.



Jahrgang 1995; Herkunft: Syrien, seit Herbst 2015 in Österreich, derzeit im MORE-Programm als außerordentliche Studentin



Jahrgang 1969; Herkunft: Deutschland bzw. Großbritannien, seit 2014 in Österreich, Professor für Südosteuropastudien und die moderne Türkei (Politik und Geschichte)

IM NEUEN GRÜNDERJAHR DIE ZEICHEN DER ZEIT HÖREN

Von der Singschule zur KUG:
200 Jahre Gegenwart der Kunst



„In Analogie zu 1816 soll das Studienjahr 2016/17 als ein neues ‚Gründerjahr‘ wahrnehmbar werden.“

Im Studienjahr 2016/17 feiern wir unser 200-jähriges Jubiläum. 1816 wurde mit einer Singschule des Musikvereins für Steiermark die Keimzelle des Hauses – wie auch des heutigen Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums – gelegt. Damit ist die Universität für Musik und darstellende Kunst Graz die älteste unter Österreichs Universitäten für Musik und Theater.

Die Dimension dieser Tradition lässt ein musikhistorischer Blick auf das Gründungsjahr erahnen: Ludwig van Beethoven hat 1816 bereits 8 Sinfonien komponiert und beginnt an seiner „Missa Solemnis“ zu arbeiten. Franz Schubert studiert bei Antonio Salieri, „Die Forelle“ entsteht. Mozarts „Zauberflöte“ ist ein Exportschlager und erfährt 1816 ihre Erstaufführung in Berlin. Wir befinden uns an einem epochalen Höhepunkt der Musikgeschichte. Eine Gruppe engagierter Grazer Bürger erkennt die Zeichen der Zeit und setzt mit der Singschulgründung einen Schritt, mit dem einer „Gegenwart der Kunst“ Raum gegeben wird – bis zum heutigen Tag.

Auch später hat man sich hier als hellhörig für die Zeichen der Zeit erwiesen – nicht nur im positiven Sinne. Schon lange vor der NS-Zeit kommen im Kontext kultureller Grenzlandideologie deutschnationale und antisemitische Töne auf. Für unser Jubiläumsprogramm bedeutet das, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vor allem auch kritisch zu pflegen.

Ausgehend von einem Festkonzert am 16. November 2016 mit einer Klangkomposition von Klaus Lang wird der Fokus bewusst auf Gegenwart und Zukunft gerichtet. In Analogie zu 1816 soll das Studienjahr 2016/17 als ein neues „Gründerjahr“ wahrnehmbar werden. Im Jubiläumsjahr wollen wir erneut die Zeichen der Zeit hören – und die Frage stellen, was Gegenwart der Kunst heute bedeuten kann.

Konsequente Selbstbefragung

Zwischen Begriffen wie Herkunft und Hinkunft wird ein Themenfeld vermessen, das ebenso auf die Entgrenzung der „klassischen“ Musiktradition vor dem Hintergrund fortschreitender Digitalisierung fokussiert wie auf Perspektiven in der Musik- und Theaterforschung. Thema ist zudem die konsequente Selbstbefragung aufgrund einer sich ständig wandelnden Gesellschaft: „Für wen bilden wir aus?“

Ihr Diskursprogramm hat unsere Universität in einem für dieses Haus spezifischen eng verzahnten Ineinandergreifen von Kunst und Wissenschaft entwickelt. Prominente Gäste kamen und kommen aus diesem Grund nach Graz, darunter Ehrenmitglied Alfred Brendel, Absolvent Martin Kušej, der schillernde Musikproduzent Sven Helbig (u. a. für die Pet Shop Boys, Rammstein und das Fauré Quartett) oder Maxim Didenko – Shootingstar der russischen Theaterszene –, der zum Abschluss des Jubiläumsjahres für die Sommertheaterproduktion „Das Feuerzeug“ verantwortlich zeichnet.

50 JAHRE JKU LINZ: EIN MAGNET FÜR VOR- UND QUERDENKER

Pioniergeist – dafür steht die Johannes Kepler Universität (JKU) Linz seit 50 Jahren. Bewusst als Hochschule neuen Typs gegründet, war sie stets ein Magnet für Vor- und Querdenker und -denkerinnen. Dieses Selbstverständnis hat sich die JKU bis heute bewahrt: Sie ist Pionierin der österreichischen Informatik und Wirtschaftsinformatik. Hier wurde das europaweit erste Mechatronikstudium angeboten und der Softwarepark Hagenberg ins Leben gerufen. Richtungsweisend war auch der Aufbau eines Marketinglehrstuhls.

In einem Land ohne namhafte Bodenschätze ist der technologische Fortschritt existenziell. Auch darauf ist unsere Lehre und Forschung ausgerichtet. Im Linz Institute of Technology (LIT) widmen wir uns offensiv den Technikfolgen. Damit und mit der Linz School of Science schärft die Johannes Kepler Universität ihr technisch-naturwissenschaftliches Profil.

Stärkung der Kernkompetenzen

Gleichzeitig geht es darum, die Kernkompetenzen in den anderen Fachbereichen zu stärken – mit der Linz Business School, der School of Social Sciences und der Linz School of Education als Rückgrat der neuen Pädagogen- und Pädagoginnenbildung. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät wiederum begegnet den aktuellen Herausforderungen des europäischen und internationalen Rechts.

Ein Schlüsselprojekt ist der Aufbau der Medizinischen Fakultät. Sie birgt enorme Chancen und verlangt auch künftig höchste Aufmerksamkeit und größte An-

Pioniergeist als Markenzeichen der Universität Linz

strengung aller Beteiligten. Wie sehr sich dieser Einsatz lohnt, zeigt allein schon der Enthusiasmus, mit dem die Lehrenden und Lernenden in die klinische Ausbildung gestartet sind.

Die Leistung der vergangenen 50 Jahre kann sich sehen lassen. Das ist zugleich ein Auftrag für die Zukunft. Wir wissen um die enormen Potenziale unserer Universität, die es noch zu heben gilt. So gehört der Campus-Gedanke konsequent zu Ende gedacht. Auf Grundlage der Entwürfe von *Riepl Riepl Architekten* wird das JKU-Areal attraktiviert und erweitert, der Bund hat die Finanzierung u. a. einer neu gestalteten Bibliothek sowie neuer Sport- und Freizeitflächen bereits genehmigt. Unser Selbstverständnis – nicht nur Lern- und Arbeits-, sondern Lebensraum sein – wurde im Jubiläumsjahr mit Projekten wie der Visualisierten Klangwolke oder dem Pop-up-Lokal SciBar in der Linzer Innenstadt nachhaltig untermauert.

Die Johannes Kepler Universität lebt seit jeher von Menschen mit Kreativität, Mut und Entschlossenheit. Wir werden uns weiter selbstbewusst und offensiv mit unseren Stärken und auch Schwächen auseinandersetzen – für eine gute Zukunft des Bildungs- und Forschungsstandortes.



„IN DEUTSCHLAND WERDEN WIR BEWUNDERT, AUCH BENEIDET“

Alexandra Kautzky-Willer über den medialen Hype, die Abgrenzung von Gender Studies zu Gendermedizin und die Medizinerquote



Waren Sie überrascht, Frau Professor, von der Nachricht, dass Sie vom Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten zur Wissenschaftlerin des Jahres 2016 gewählt wurden?

Alexandra Kautzky-Willer: Ich war schon überrascht, weil ich nicht wusste, dass ich nominiert bin. Ich habe mich natürlich sehr gefreut. Natürlich bin ich auch stolz auf meine Leistung, allerdings sehe ich das nicht so sehr als persönlichen Erfolg, sondern als Signal, dass die Gendermedizin doch in der Öffentlichkeit angekommen ist und beachtet wird. Darum soll es ja gehen.

Nimmt man Sie in der wissenschaftlichen Gemeinschaft seit der Preisverleihung anders wahr?

Kautzky-Willer: Man wird sicher mehr wahrgenommen, auch bei den Kollegen. Viele haben sich mittlerweile erkundigt, was unsere aktuellen Forschungsarbeiten sind. Aber eine gewisse mediale Präsenz war ja schon seit meinem Lehrstuhl vorhanden. Seit der Preisverleihung im Jänner 2017 war ich schon gut zehnmal im ORF – es ist schon intensiv.

Kommen Sie noch zum Forschen?

Kautzky-Willer: Schön langsam denke ich mir das. Der Hype ist gut und man muss ihn nutzen, um die Anliegen zu transportieren – sowohl bezüglich Diabetes als auch Adipositas (Fettleibigkeit, Anm.) und natürlich Gendermedizin. Man steht unter Zeitdruck, weil daneben auch noch die normale Arbeit zu verrichten ist – Patientenversorgung,

Vorträge, Lehre und natürlich auch wissenschaftliche Tätigkeit. Ich freue mich, wenn es jetzt wieder etwas ruhiger wird.

Sie wurden 2010 zur ersten Professorin für Gendermedizin in Österreich bestellt. Waren Sie hier – international gesehen – eine Pionierin oder war das ein Nachzieheffekt?

Kautzky-Willer: Beides zugleich. Das erste Institut war an der Karolinska (Medizinische Universität Solna, Schweden, Anm.) mit einer Kardiologin, auch die Charité Berlin hatte schon länger ein Institut für geschlechtsspezifische Medizin – die sind beide sehr gut. Darüber hinaus gab es nicht sehr viel Forschung in Europa, so gesehen war Wien Vorreiter. Ich habe sehr viele Medienanfragen und Einladungen zu Vorträgen aus Deutschland – dort werden wir immer bewundert, auch beneidet. Wir haben auch den ersten Postgraduellen Lehrgang für Gendermedizin, jetzt wurde sogar ein Ärztekammer-Diplom für Gendermedizin neu etabliert – das haben die Deutschen nicht. Mehr Geld in die Genderforschung fließt aber zweifelsfrei in Deutschland, auch in Italien und Israel tut sich sehr viel. Und Amerika ist natürlich weiterhin Spitzenreiter.

Es mehren sich mittlerweile auf internationaler Ebene Stimmen, dass durch die Bevorzugung von Gender Studies andere wichtige Fragen des Wissenschaftsbetriebs und der Lehre in den Hintergrund gedrängt werden. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Kautzky-Willer: Das sehe ich ganz anders, erstens weil ich die Gender Studies in allen Fachbereichen wichtig finde und zweitens weil ich Gendermedizin klar von

Gender Studies im Allgemeinen abgrenze. Bei uns geht es um harte Fakten: Die biologischen Unterschiede sind wesentlicher Bestandteil der Forschung und ihrer Ergebnisse. Chancengleichheit und gleich gute, bestmögliche Behandlung heißt in der Medizin differenzierte Behandlung, da sind wir oft in Konflikt mit den Gender Studies. Die sehen ja keinen Unterschied zwischen Mann und Frau. Als Naturwissenschaftlerin habe ich einen anderen Zugang und einen ganzheitlichen Ansatz. Bei uns geht es nicht um das Binnen-I, auch wenn da und dort Überlappungen vorhanden sind. Wir zeigen auf, wenn Frauen benachteiligt sind – etwa bei der Behandlung von Herzinfarkt, bei teureren Untersuchungen, Transplantationen. Das belegen auch große internationalen Studien: Die Frauen sind nach wie vor schlechter dran. Das zieht hoffentlich gesundheitspolitische Konsequenzen nach sich. Daneben gibt es aber auch Bereiche, in denen Männer Nachteile haben, etwa bei Osteoporose und Depressionen.

In der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG war jüngst zu lesen, wer etwa an Schweizer Universitäten den „Gender-Hype“ kritisiere, der werde sofort für das ganze Elend der Frauen in Afrika verantwortlich gemacht. Welche Erfahrungen haben Sie in Österreich gemacht?

Kautzky-Willer: Jede Universität hat mittlerweile ihre Gender-Mainstreaming-Stabstelle, die haben absolut ihre Berechtigung. Ich bin ja auch Vorsitzende des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfra-

gen. Und da sehen wir ja, dass noch immer das Geschlecht der Hauptfaktor bei der Diskriminierung bei den Karrieren ist und keine völlige Gleichstellung vorherrscht – auch wenn es immer mehr Professorinnen und Rektorinnen gibt. Was die Kritik an zu viel Gender betrifft: Diese Auseinandersetzung soll man nicht scheuen.

Als Sie Ihr Studium 1988 abgeschlossen haben, war eine Quote – wie wir sie seit mehr als zehn Jahren an Österreichs Medizinuniversitäten haben – denkunmöglich. Wie beurteilen Sie die Diskussion um die Studienplätze?

Kautzky-Willer: Die Quote ist einfach notwendig, schon aus der Warte des Universitätsbetriebs. Natürlich wäre es schön, wenn jeder einen freien Zugang hätte. Und wer wirklich studieren will und die Voraussetzung mitbringt, soll auch sozial unterstützt werden. Auf der anderen Seite brauchen wir diese Beschränkung – bei 700 Studierenden pro Jahr wäre das sonst nicht machbar, auch vom Betreuungsverhältnis. Wir hatten früher ungeheuer viele Studierende, die nicht abgeschlossen haben. Noch heute schleppen wir welche aus der ganz alten Studienordnung mit. Jetzt haben wir ganz wenige Drop-outs, die Anfängerinnen und Anfänger schließen auch meist in der vorgesehenen Zeit ihr Studium ab. Eine Frauenquote haben wir ja nicht, aber wir sind ja jetzt auf dem Weg zu einem fairen Aufnahmetest.

Das Interview führte Manfred Kadi.

STICHWORT Gendermedizin

Der interdisziplinäre wissenschaftliche Zugang der **Gendermedizin** erforscht biologische und psychosoziale Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die sowohl das Gesundheitsbewusstsein als auch die Entstehung und Wahrnehmung von sowie den Umgang mit Krankheiten betreffen („bio-psycho-soziales Modell“). Die geschlechtsabhängigen Unterschiede sind teilweise augenfällig, teilweise subtil und in vielen Bereichen noch wenig bekannt. Klinisch relevante neue Kenntnisse sollen in die klinische Praxis Einzug finden und zu einer männer- bzw. frauengerechten optimierten Behandlung führen.

DRINGEND ERFORDERLICH: EIN EXZELLENZPROGRAMM FÜR ÖSTERREICH

Ein Kompass für eine zersplitterte
Forschungslandschaft



„Es besteht eine ausgeprägte Schiefe bei der Finanzierung von wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung.“

Wissenschaft und Forschung sind Teil unserer Kultur und Grundlage für unseren Wohlstand und jenen zukünftiger Generationen. Mit 3,07 Prozent weist Österreich die zweithöchste Forschungsquote in Europa auf. Dieser bemerkenswerte Einsatz an öffentlichen Mitteln spiegelt das immense Potenzial als führende Forschungsnation und Innovationsstandort wider. Noch sind wir aber nicht so weit.

So liegt Österreich bei der Anzahl an ERC-Grants (Stipendien des European Research Councils) auf Platz 7 und im europäischen Innovationsranking (IUS) auf Rang 11. Hinsichtlich Reputation befindet sich die beste heimische Universität auf Position 74 in Europa – etwa gleichauf mit den Universitäten Münster oder Twente.

Es besteht eine ausgeprägte Schiefe bei der Finanzierung von wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung. Nur 19 Prozent aller F&E-Mittel stehen der Grundlagenforschung zur Verfügung (im Vergleich etwa: 30 Prozent in der Schweiz), wobei der Anteil der kompetitiv vergebenen Mittel vergleichsweise niedrig ist. Bemerkenswert ist auch, dass nur 42 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher, die einen ERC-Grant einwerben, im Land bleiben. In den Niederlanden sind es 80, in Schweden 84 Prozent. Ist also der Forschungsstandort Österreich doch noch nicht attraktiv genug?

Mit 22 Universitäten, 21 Fachhochschulen, 13 Privatuniversitäten und unzähligen außeruniversitären Einrichtungen, die zudem oft nur wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, ist die hiesige Forschungslandschaft vielfältig, aber auch zersplittert. So begrüßenswert (thematische) Initiativen in einzelnen Forschungsbereichen sind, so bergen diese ebenfalls die Gefahr einer weiteren Zerstückelung im Förderungssystem. Diese ausgeprägte und zunehmende Fragmentierung der hiesigen Forschungslandschaft schmälert den Erfolg gemeinsamer Anstrengungen und in der Nutzung vorhandener Ressourcen.

Spitzenforschung bündeln

Ein ambitioniertes Exzellenzprogramm, das Spitzenforschung nachhaltig stärkt und bündelt, ist dringend notwendig. International herausragende Programme und Institute an den Forschungseinrichtungen müssen dazu wettbewerbsfähig mit ausreichenden Mitteln – auch mit konkurrenzfähigen Overheads für Drittmittel – ausgestattet werden. Kern eines solchen Programms sind solide und stark positionierte Universitäten und Hochschulen als Stätten exzellenter Forschung und Lehre. Ziel muss es sein, Österreich zu einem der attraktivsten Ausbildungs- und Forschungsstandorte für hervorragende Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zu entwickeln. Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, kann dieses Ziel auch erreicht werden – das Potenzial ist jedenfalls vorhanden.

FACTFINDING ZWISCHEN KOSTEN UND LEISTUNG, BEIHILFE UND MEHRBEDARF

Fünf Buchstaben hielten das **Forum Budget** zwölf Monate lang in Atem: KLR-VO, die Kurzform für die „Verordnung über einheitliche Standards zur Kosten- und Leistungsrechnung“ der Universitäten, war das bestimmende Thema 2016, das die Mitglieder des Forums speziell in Arbeitsgruppen mit den Delegierten aus dem Finanz- und Wissenschaftsministerium intensiv beschäftigte. Die Stellungnahme der uniko, auf Basis der Vorarbeiten des Forums, hatte zur Folge, dass rechtzeitig vor Inkrafttreten zu Jahresbeginn 2017 einige für die Universitäten wichtige Adaptierungen am Verordnungstext vorgenommen wurden.

Schon vorweg pochte die uniko darauf, dass Kostenanalysen und Berichtspflichten nicht als Selbstzweck zu verstehen seien, sondern einem Ziel untergeordnet werden müssten – etwa „als Grundlage für die kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Universitätsfinanzierung“. Die Vorsitzende des **Forums Budget**, Vizerektorin **Andrea Hoffmann** (TU Graz), hält dazu fest: „Die Universitäten haben gemeinsam mit den zuständigen Ministerien einen guten Mittelweg für beide Seiten gefunden. Inwieweit sich die Verordnung vollständig in die Praxis umsetzen lässt, wird sich im Zuge der Implementierung zeigen.“ Sichergestellt wurde zudem, dass zumindest ein Teil der Kosten der Umsetzung der KLR-VO bis 2020 durch eine eigens dafür vorgesehene Ausschreibung der Hochschulraum-Strukturmittel für Verwaltung abgegolten wird.

Eng mit der KLR-VO verknüpft waren neu aufgeworfene Fragen des Beihilfe- und Steuerrechts, schließlich haben die Rektorate die volle Verantwortung bei Verstößen

Expeditionen im Paragrafendschlingel
des Steuerrechts

sowohl gegen das Steuerrecht als auch gegen das Wettbewerbsrecht zu tragen. Das **Forum Budget** beauftragte in der Folge zwei Kanzleien mit der Ausarbeitung eines Leitfadens, in zwei Workshops waren die Anliegen der Universitäten mit den Steuerexperten zu erörtern.

Vorsitzende Hoffmann: „Im Kern geht es um die Trennung von wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Tätigkeiten im Sinne des Beihilferechts sowie um die steuerliche Behandlung von Universitäten als Mischbetrieb. Es ist gelungen, den Bereich der Forschung im Sinne des KStG als Forschungsanstalt und die Lehre als Hoheitsbereich zu qualifizieren. Dies wirkt sich sowohl körperschaftssteuerlich als auch umsatzsteuerlich positiv für die Universitäten aus.“

1,5 Milliarden Euro Mehrbedarf

Einer langjährigen Tradition folgend, befasste sich das **Forum Budget** auch mit der Berechnung des Mehrbedarfs für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode. Demnach wurde für die Jahre 2019 bis 2021 eine zusätzliche Summe von mehr als 1,5 Milliarden Euro erhoben, auf Basis von 1.025 zusätzlichen Professuren und einem angestrebten (durchschnittlichen) Betreuungsverhältnis von 1:40 zwecks Verbesserung der Lehrbedingungen. Dabei wurden der Mehrbedarf für Gebäude und die Mehrkosten für Strukturänderungen, etwa durch die Pädagoginnen- und Pädagogenbildung neu, noch nicht berücksichtigt. **mk**

FORTSCHRITT BRAUCHT TRANSFORMATION STATT KUMULATION

Think-Tanks in Österreich und ihre Rolle als Impulsgeber



„Der epochale Wandel von Forschungstraditionen setzt eine Reihe von Bedingungen voraus, die auch von Förderprogrammen erfüllt werden müssen.“

Der seit Jahren bewährte Think-Tank, das Europäische Forum Alpbach, hat im Jahr 2016 die Aufklärung zum Thema gewählt und mit der Fragestellung verbunden, wie eine Neuauflage in unseren Tagen gestaltet sein müsste. Unter anderem wurde dabei auch die Modellhaftigkeit dieses Zeitalters für den zukünftigen europäischen Forschungsraum aufgezeigt. Seit dem 18. Jahrhundert gewann die Wissenschaft zunehmend die Überzeugung, dass die Zukunft für eine unendliche Vermehrung der Erkenntnisse und damit für den Fortschritt auf allen gesellschaftlichen Ebenen offen wäre. Das Zeitalter der Aufklärung war auch durch eine besonders große Zahl an wissenschaftlichen Durchbrüchen und Paradigmenwechseln gekennzeichnet.

Der wissenschaftliche Fortschritt beruht nicht auf dem Prinzip der Kumulation von wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auf deren permanenten Transformation und Adaption im Hinblick auf neue Herausforderungen. Weiters ist eine Erhöhung der Problemlösungskapazität und ein Strukturwandel der Forschungspraxis dafür maßgeblich. Thomas Kuhn hat in seinem 1962 erschienenen Buch „The Structure of Scientific Revolutions“ die zyklischen Muster für die Entwicklung neuer Theorien, Problemlösungen und Vorstellungen dargestellt.

Der epochale Wandel von Forschungstraditionen setzt eine Reihe von Bedingungen voraus, die auch von Förderprogrammen

erfüllt werden müssen, wenn sie wissenschaftliche Durchbrüche und Spitzenleistungen erzielen sollen. Entscheidend ist hierbei der Umstand, dass die Begutachtung der Projekte und die Auswahl der Programminhalte vorrangig dem Kriterium der Forschungsqualität folgen.

Ideen für EU-Forschungsrahmen

Vor diesem Hintergrund wurde in der zweiten Jahreshälfte 2016 ein neuer Think-Tank vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft eingerichtet, der die Mitgestaltung des neunten EU-Forschungsrahmenprogramms (FP9) vorbereiten soll.

Das **Forum Forschung und Erschließung der Künste** der Universitätenkonferenz hat zu Jahresende eine Reihe von fortschrittlichen Ideen und Anregungen an dieses Gremium übermittelt: So wird unter anderem die Neuausrichtung des Rahmenprogramms zugunsten von Exzellenzinitiativen moniert und die Einbeziehung der Förderung künstlerischer Forschung vorgeschlagen. Gerade beim letzten Punkt hinkt die europäische Entwicklung nach, da bereits in fünf Mitgliedsstaaten nationale Förderprogramme auf diesem Gebiet bestehen.

Die Ergebnisse des nationalen Meinungsbildungsprozesses können insgesamt als ein kräftiger Impuls der heimischen Scientific Community für eine erfolgreiche österreichische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 gewertet werden, der letztlich ein gesteigertes Ergebnis bei der Einwerbung von EU-Mitteln durch die Hochschulen mit sich bringen wird.

VIRTUELLE ÖFFENTLICHKEIT UND REALE CHANCEN FÜR DIE WISSENSCHAFT

Während die Öffentlichkeit nur bei Plagiatsvorwürfen gegenüber Prominenten von Doktorarbeiten Notiz nimmt, befasste sich das **Forum Forschung** mehr als ein Jahr lang mit möglichen Neuerungen bei Dissertationen: Der Vorstoß einer „Veröffentlichungspflicht von wissenschaftlichen Arbeiten“ in digitaler Form war nach dem Jahreswechsel im ersten Quartal 2017 so weit gediehen, dass seitens des Forums eine Empfehlung vorgelegt wurde, die auch verfassungsrechtlichen Vorbehalten standhalten sollte.

Unter anderem werden die Universitäten dazu angehalten, geeignete Maßnahmen zu setzen, die eine nachhaltige Ausbildung und Sensibilisierung der Studierenden für Urheberrechtsbelange auf allen medialen Ebenen gewährleisten. In einem nächsten Schritt soll die Österreichische Nationalbibliothek als Partnerin in die Überlegungen einbezogen werden.

Eng damit verknüpft sind auch die Arbeiten des Projekts OANA (Open Access Netzwerk Austria), das 2012 als gemeinsame Initiative unter dem organisatorischen Dach des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der uniko gegründet wurde. Das Kernteam des OANA, darunter Vertreterinnen und Vertreter des **Forums Forschung**, hat die Chancen und Risiken des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen im Internet und in eigens dafür vorgesehenen Repositorien ausführlich erörtert. Die Universitäten wollen die vielschichtige Thematik weiterhin kraftvoll vorantreiben: Das Forum hat daher im Rahmen der Hochschulraum-Strukturmittel ein Projekt

Der freie Zugang zu Publikationen: Denksport und Teamwork

(Austrian Transition to Open Access) initiiert, mit dem Ziel, den Übergang von Closed zu Open Access bei wissenschaftlichen Publikationen mitzugestalten.

Auch bei der personellen Neuaufstellung des Wissenschaftsfonds FWF war das **Forum Forschung** beteiligt und half bei der Suche nach geeigneten Persönlichkeiten an der FWF-Spitze. **Johannes Fröhlich**, Vorsitzender des Forums: „Der FWF ist für die Universitäten deshalb von eminenter Bedeutung, weil dessen hochkompetitiv vergebene Fördermittel die Schlagader hochwertiger universitärer Grundlagenforschung sind.“

Exzellente Professuren

Die uniko beteiligte sich zudem an einer Arbeitsgruppe zum FWF-Strategiepapier, das u. a. den Umgang mit den zusätzlichen 200 Zukunftsprofessuren in den kommenden acht Jahren festlegen sollte. Fröhlich: „Exzellente Professuren sind die Zukunft der Universitäten. Mit diesem neuen Programm des FWF sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, solche Karrierewege zu ermöglichen.“

Ein positives Feedback registrierte das **Forum Forschung** mit der alljährlichen Veranstaltung im Rahmen der Hochschulgespräche des Forums Alpbach am 24. August 2016. Diese waren dem hochaktuellen Thema „Universitätsautonomie und Theologien. Zu einem (un)aufgeklärten Spannungsverhältnis“ gewidmet. **mk**

AUSTAUSCH UND ERKENNTNISGEWINN IN ZEITEN DER RENATIONALISIERUNG

Universitäten als Orte gelebter
Interkulturalität



„Wissenschaft ist ihrem Wesen nach international und beruht auf einem möglichst freizügigen Austausch von Ideen und Menschen.“

Das Jahr 2016 brachte zahlreiche politische Veränderungen mit sich, die sich auch auf die Universitäten auswirken. Sie befürchten etwa durch den Brexit in Großbritannien, den Travel Ban der Vereinigten Staaten oder die Massenentlassungen in der Türkei negative Folgen für den Wissenschaftsbetrieb.

Wissenschaft ist ihrem Wesen nach international und beruht auf einem möglichst freizügigen Austausch von Ideen und den Menschen, die diese haben. Daher wurden Organisationen wie die uniko, ihre Schwesterorganisationen in Deutschland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten oder Großbritannien nicht müde, sich zu den politischen Geschehnissen zu äußern. Zumeist beriefen sich Universitätsvereinigungen auf universelle Werte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Bedeutung des internationalen Austauschs und der Mobilität.

Die Motive für das Einfordern der Internationalität reichen auch im UK und in den USA über die gewöhnlichen marktorientierten Gründe für mehr Studiengebühren und internationale Wettbewerbsfähigkeit hinaus: Die Universitäten verstehen sich als Orte einer gelebten Interkulturalität, die über die Tendenz zur Renationalisierung hinausgeht. Zudem ist das Vertrauen in die Eliten, in die Wissenschaft, die im „Elfenbeinturm“ Wissen anreichert und wohl auch – so wird vermutet – Geld scheffelt, erschüttert. Nicht umsonst

wurde sowohl in Deutschland als auch von den Oxford Dictionaries „postfaktisch“ bzw. „posttruth“ zum Wort des Jahres 2016 gewählt.

Stütze des Gemeinwohls

(Universitäre) Bildung als *common good*, als tragende Stütze des Gemeinwohls, die nicht nur das Individuum in seiner Entwicklung vorantreibt, sondern die Gesellschaft als Ganzes, wurde wohl im Wettstreit um die besten Köpfe zu wenig propagiert. Doch die Universitäten werden mit ihrer Objektivität und Innovationskraft, aber auch als Orte des gelebten Miteinanders, an denen nationale und weltanschauliche Differenzen zum Wohle des Erkenntnisgewinns überwunden werden, dringend gebraucht. Zu lösen sind eben nicht nur Klimawandel und die Problematik (statt des Endes) der fossilen Brennstoffe, sondern auch die sozialen Umwälzungen, die damit einhergehen.

Austausch von Wissenschaft und Kultur ist mehr als ein Türöffner für Diplomatie und Treiber für die Industrie, sie generieren Verständnis und Wertschätzung füreinander. Nicht umsonst ist das ERASMUS-Programm, das im Jahr 2017 sein 30-jähriges Jubiläum feiert, eine der größten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union.

Zu hoffen bleibt, dass sich die Hochschulabschlüsse nicht nur in gut bezahlten Jobs und dringend benötigten Erfindungen niederschlagen, sondern auch in einem aufgeklärten Miteinander der Kulturen der Welt.

KLINKENPUTZEN IN MINISTERIEN ZUM WOHLE AUSLÄNDISCHER UNI-ANGEHÖRIGER

Der Besuchsreigen bei einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung, speziell im Innenressort, hatte sich offenbar bezahlt gemacht. In der herbstlichen Gesetzesnovelle zur Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte fanden eine Reihe von Vorschlägen Eingang, die das **Forum Internationales** mit seiner Vorsitzenden, Rektorin **Elisabeth Freismuth**, bei den Ressortverantwortlichen eingemahnt hatte.

So wurde das Vorsitzteam des Forums im Lauf des Jahres 2016 zum Thema Fremdenrecht bei der damaligen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), Vizekanzler und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP-Obmann), Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) und im Kabinett von Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) vorstellig; kurz nach dem Jahreswechsel 2016/17 auch beim Nachfolger Mikl-Leitners, Wolfgang Sobotka (ÖVP). Dazwischen war noch ein Treffen mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl anberaumt.

Die Ausbeute an Errungenschaften für die Studentinnen und Studenten aus dem Ausland nach dem „Klinkenputzen“ in den Ministerien ist durchaus herzeigbar: Die Ausweitung der RWR-Karte auf Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen, die Verlängerung der Jobsuchdauer von sechs auf zwölf Monate und die Erhöhung des zulässigen Beschäftigungsausmaßes für Bachelor- und Masterstudierende auf 20 Wochenstunden seien „wichtige und richtige Maßnahmen, um gezielt die klügsten Köpfe für Österreich zu rekrutieren“, lobte uniko-Generalsekretärin **Elisabeth Fiorioli** den Beschluss im Ministerrat Ende Oktober,

Rot-Weiß-Rot-Karte, Fremdenrecht
und Sicherheit als roter Faden

auch wenn aus Sicht der Universitäten noch Verbesserungsbedarf vorhanden sei.

Notfallpläne und Datensicherheit

Neben den nach wie vor ungelösten Problemen des Fremdenrechts, wie etwa dem „Kompetenzwirrwarr“ zwischen Botschaften und BH- bzw. Magistratsabteilungen, stand auch die zunehmende weltweite Bedrohung durch die Spielarten von Nötigung, Gewalt und Terror auf der Agenda des **Forums Internationales**: Auch vor dem Hintergrund von Hörsaalstürmungen der „Identitären“ in Wien und Klagenfurt tauschten sich die Forumsmitglieder über Notfallpläne und Datensicherheit der Universitäten aus, ebenso über die Sicherheit von Incoming-Studierenden. Rektorin Freismuth: „Es geht darum, die Offenheit, die wir leben wollen, mit einem elaborierten Bedrohungs- und Krisenmanagement in Einklang zu bringen – nicht zuletzt, um sie selbst als ein wertvolles Gut unserer Tradition zu bewahren.“

Wenig Beifall löste im **Forum Internationales** die vom Wissenschaftsressort erarbeitete Mobilitätsstrategie aus, die von der uniko kritisch abgeklopft wurde: „Zielwerte, unabhängig von Hochschultypus und Studienfach, für den kompletten Hochschulraum für Teilbereiche der Mobilität“ und „ein breites Potpourri an Maßnahmen, die oft nur Anregungscharakter haben, sind zu wenig“, lautete das vom Forum vorbereitete uniko-Fazit. An einer „wirklichen Strategie“ mitzuarbeiten, sei die uniko jederzeit bereit. **mk**

NAGELPROBE FÜR QUALIFIKATIONSRAHMEN: KOMMT EINE ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG?

Zuordnung von Bildungsabschlüssen
als erhofftes Wunschkonzert



Seit mehr als zehn Jahren wird im Rahmen der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) ein Thema diskutiert, dessen Einfluss auf die bildungspolitische Arbeit vielleicht nicht von Anfang an erkennbar war. So wurde im Dezember 2005 die erste Stellungnahme der damaligen Rektorenkonferenz zu folgendem Thema veröffentlicht: *Auf dem Weg zu einem europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQF)*. Dieser im beruflichen Kontext von der Europäischen Kommission entwickelte Rahmen formuliert anhand von Indikatoren Mindeststandards, die pro zugeordnetem Niveau – insgesamt acht – zu erreichen sind.

Schon damals wurden zwar die Vorteile einer systematischen Katalogisierung von Qualifikationen innerhalb eines Bildungssystems und deren Abbildung im Sinne besserer Transparenz und Vergleichbarkeit von der uniko begrüßt, allerdings wurden auch die Grenzen eines derartigen Rahmens aufgezeigt. Insbesondere die zugeschriebene Übersetzungsfunktion von diversen unterschiedlichen nationalen Bildungs- und Arbeitskontexten hinsichtlich Anerkennungsfragen wurde angezweifelt. Zudem wurde auch in den folgenden Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die Grundprinzipien der für den Hochschulraum formulierten *Dublin Deskriptoren* (auf freiwilliger und zwischenstaatlicher Ebene formuliert) und jene des EQF ganz unterschiedlichen Prinzipien und nicht der gleichen Zuordnungslogik folgen.

Einige Veranstaltungen, Konsultations- und Diskussionspapiere sowie einen Ministerratsantrag später – die Niveaus sechs, sieben und acht sind für Österreich nunmehr in berufliche und hochschulische Bildung zweigeteilt – wurde 2016 das Gesetz zum Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) verabschiedet.

Handbücher und Leitlinien

Die nationalen Erwartungen hinsichtlich einer Aufwertung des berufsbildenden Bereichs, speziell auf Seite der Wirtschaft, sind insofern hoch, als die Inhalte des Gelernten mehr in den Vordergrund rücken als die Art und Weise des Wissenserwerbs, beispielsweise an einer staatlich eingerichteten Bildungseinrichtung. Dem Auftrag des Gesetzes folgend wurde auch eine Steuerungsgruppe für die Erarbeitung von Handbüchern und Leitlinien eingerichtet.

2017 und 2018 wird insofern die Nagelprobe erfolgen, als es zuerst zur Zuordnung der formalen Bildungsabschlüsse durch die zuständigen Ministerien kommen wird. Bis auf den Hochschulbereich – die dreigliedrige Studienarchitektur von Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien ist durch den Europäischen Hochschulrahmen klar definiert – sind die entsprechenden Abschlüsse zuerst der Steuerungsgruppe vorzulegen. Anhand dieser komplexen Vorgehensweisen und Einbeziehung unterschiedlicher Gremien sollte ersichtlich werden, ob die im Gesetz beschlossenen Abläufe und Instanzen tatsächlich ernst genommen und einbezogen werden, oder ob einige Zuordnungen auf „österreichische Art“ erfolgen.

PLAGIATE, MUSTER UND GEBÜHREN: ANSTÖSSE FÜR BEWUSSTSEINSBILDUNG

Plagiate als zunehmende Plage für die Universitäten – das konnte das **Forum Lehre** nicht unberührt lassen: „Wenn Texte, Inhalte oder Ideen übernommen und als eigene ausgegeben werden“, so die Definition für das Vorliegen eines Plagiats im Universitätsgesetz § 51 Abs. 2, Ziffer 31, dann bedeutet das bei Bekanntwerden regelmäßig Handlungsbedarf für das Rektorat. Weshalb sich die AG Plagiat der uniko, beschickt von den Foren Lehre und Forschung, dazu entschlossen hatte, einen Modellvorschlag zu erarbeiten, um eine Einheitlichkeit der Bestimmungen zum Umgang mit Plagiaten zu fördern. Die in der Mustersatzung enthaltenen Anregungen wurden den Rektoraten im Herbst zur Verfügung gestellt und können, sofern nicht ohnehin in den Satzungen bereits enthalten, von diesen implementiert werden.

Der Vorsitzende des **Forums Lehre**, Vize-Rektor **Martin Polaschek** (Universität Graz), hofft, dass damit eine stärkere Bewusstseinsbildung sowohl beim wissenschaftlich korrekten Arbeiten im Studium als auch im Rahmen der Studierendenbetreuung einhergeht: „Plagiate werden durch die rasant zunehmende Verfügbarkeit elektronischer Quellen immer einfacher. Umso wichtiger ist es, dass die Universitäten mit klaren Regeln für eine entsprechende Qualitätssicherung sorgen.“

Auch bei der Einhebung von Unkostenbeiträgen für die Aufnahmeverfahren war das **Forum Lehre** um ein möglichst einheitliches Vorgehen in den einzelnen Rektoraten bemüht. Während die drei Medizinischen Universitäten schon seit Längerem eine Gebühr von 110 Euro vorschreiben, sind

Wissenschaftliche Arbeit und
Aufnahmeverfahren im Fokus

bis auf die Universitäten Salzburg, Klagenfurt und die TU Graz mittlerweile an allen anderen Häusern 50 Euro zu entrichten, an den sechs Kunstuniversitäten wird der Aufnahmetest kostenlos durchgeführt. An der Wirtschaftsuniversität und der TU Wien wird Studierenden bei erfolgreichem Test ein Welcome Package in Form von Gutscheinen überreicht. Vorsitzender Polaschek: „Es gilt, der extremen Zunahme von Personen entgegenzutreten, die sich für das Verfahren anmelden, aber dann nicht daran teilnehmen, da dies zu sehr hohen Kosten für die Universitäten führt.“

Dauerbrenner Pädagogenausbildung

Als Dauerbrenner der vergangenen Jahre bot die Pädagoginnen- und Pädagogenbildung einmal mehr Diskussionsstoff: nicht zuletzt durch die in einem Gesetzentwurf vorgesehene Anpassung des Hochschulgesetzes an das Universitätsgesetz und die darin vorgesehenen Kooperationsklauseln zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. In der für 2017 angekündigten Novelle wird von der ursprünglich georteten Zwangsbeglückung wieder Abstand genommen.

Im Rahmen einer Klausur beschäftigte sich das **Forum Lehre** auch mit dem Thema Weiterbildungslehrgänge. Dabei wurde unter anderem festgehalten, dass die Qualitätssicherung der postgradualen Ausbildung von großer Bedeutung sei, welche bei anderen Anbietern oft zu wünschen übrig lasse. **mk**

PROFESSUREN: MEHR ATTRAKTIVITÄT FÜR BEWERBUNGEN AUS IN- UND AUSLAND

Zusätzliche Chancen für Karriereplanung in der Wissenschaft



Das Schlagwort Karriereplanung wird auf akademischem Boden mit neuem Leben erfüllt: Der wissenschaftliche und künstlerische Nachwuchs erfährt eine stärkere Förderung und hat seit 2016 an Österreichs Universitäten zusätzliche Chancen auf eine Professur.

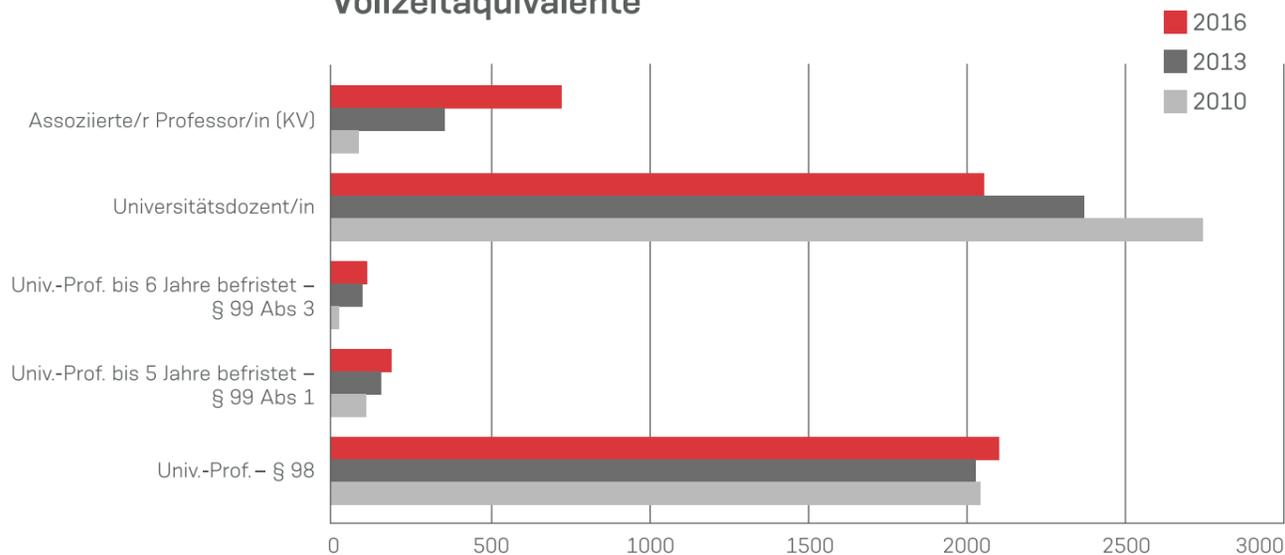
Seit Oktober schließen neue Bestimmungen im Universitätsgesetz (§ 99 Abs. 5 und 6 UG) am Karrieremodell des Kollektivvertrages (KV) an. Im UG werden weitere Eckpunkte des Verfahrens rund um die Qualifizierungsvereinbarung (QV) für angehende Assoziierte Professorinnen und Professoren festgelegt, die nun den Universitätsprofessoren weitestgehend gleichgestellt sind. Wird die QV erreicht, werden sie organisationsrechtlich

der Professorenkurie zugerechnet (§ 94 Abs. 2 Z 1 UG). Damit erhöht sich die Attraktivität der Stellen für inländische und ausländische Bewerberinnen und Bewerber.

Um eine Professur zu erhalten, ist nach wie vor ein Berufungsverfahren erforderlich, insbesondere der neue Paragraph 99 Abs. 4 UG bietet seit 1. Jänner 2016 eine zusätzliche Karrierechance, und zwar gezielt für Assoziierte Professorinnen und Professoren.

Die Auswirkung der Neugestaltung ist abzuwarten. Auch mit dem Karrieremodell alter Prägung mussten erst Erfahrungen gesammelt werden, in den ersten zwei bis drei Jahren wurde es noch verhalten aufgenommen. Die Grafik zeigt, dass das Karrieremodell des KV vor der jetzigen UG-Novelle ab 2013 gut angenommen wurde und sich etabliert hat.

Vollzeitäquivalente



1 INTONATION. Erstmals werden die Gäste beim traditionellen uniko-Neujahrsempfang von einer weiblichen Stimme begrüßt: die frisch gewählte Präsidentin der Universitätenkonferenz, Rektorin **Sonja Hammerschmid**, am 12. Jänner am Pult in der Raiffeisen Zentralbank Wien.



2 INTERAKTION. Erste offizielle Fühlungnahme zwischen Vizekanzler und Wissenschaftsminister **Reinhold Mitterlehner** und der uniko-Präsidentin im Foyer der RZB in Wien am 12. Jänner.



3 INAUGURATION. Nach 19 Wochen Amtszeit als uniko-Präsidentin folgt **Sonja Hammerschmid** dem Ruf in die Bundesregierung und wird am 18. Mai als neue Bundesministerin für Bildung unter den wachsamen Augen von Bundespräsident **Heinz Fischer** in der Hofburg angelobt.



4 INTRODUKTION. Nur einen Tag nach seiner Wahl als Nachfolger Sonja Hammerschmid gibt Rektor **Oliver Vitouch** am 7. Juni seine erste Pressekonferenz als Präsident der Universitätenkonferenz in der uniko-Geschäftsstelle in der Wiener Floragasse.



5 INFORMATION. Nach nicht einmal fünf Monaten im Amt lässt sich Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender **Christian Kern** am 7. November von einer dreiköpfigen uniko-Delegation, bestehend aus Präsident **Oliver Vitouch**, Stellvertreterin **Edeltraud Hanappi-Egger** und Rektor **Heinz Engl**, am Wiener Ballhausplatz die Anliegen der Universitäten erläutern.



6 INTERPRETATION. „Zwischen Exzellenz und Relevanz“ lautet das Motto der uniko-Veranstaltung am 7. September, zu der Präsident **Oliver Vitouch** den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, **Antonio Loprieno**, zum Gedankenaustausch über die moderne Universität in die RZB gebeten hat.

KREATIVPOTENZIALE: SCHÜRFEN IN GOLDMINEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Kunstuniversitäten als Funkenspender in Innovationsfeldern



„Die Schnittstellen zwischen Kunst, Gestaltung, Technologie und Wissenschaft bergen noch enorme Möglichkeiten in sich.“

Die Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz beherbergt unter einem organisatorischen Dach ein breites inhaltliches Spektrum von Lehrangeboten und Forschungsfeldern. Es reicht von ehemals ingenieurwissenschaftlichen Fächern wie Industrial Design/Scionic über Fashion&Technology, Architektur/BASEhabitat, Kulturwissenschaften inklusive des Internationalen Forschungszentrums Kulturwissenschaften (IFK) mit Sitz in Wien oder die diversen Medienbereiche bis hin zu experimenteller freier Kunst.

Was wäre über die Universität selbst hinaus daran bemerkenswert? Nun, hier lässt sich im „Märklin-Format“ ein Modell erproben, das synergetische Innovationskraft vor allem aus der Konfrontation unterschiedlicher Denkweisen und Methoden zu schöpfen sucht. Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass die Grenzen zwischen historisch gewachsenen und vielfach einzementierten Wissenschafts-, Kunst- und Kulturformen nicht Abschottung, sondern Herausforderung bedeuten – offener und rascher in den Naturwissenschaften und in Spitzenunternehmen als in den Geisteswissenschaften und der Politik. Unvoreingenommener und risikobereiter im angelsächsischen und neuerdings auch südostasiatischen Raum als in den „Mutterländern“.

Schließlich kann sich aber gerade Europa und schon gar Österreich im globalen Wettbewerb um Standortqualitäten nicht

auf Rohstoffe, Bodenschätze und Waffen verlassen, sondern muss in erster Linie danach trachten, die bestmögliche Entfaltung von Kreativpotenzialen und damit die Voraussetzungen für Innovationskraft zu fördern. Diese nämlich sind das Gold des 21. Jahrhunderts, das es zu schürfen gilt.

Türöffner „Design thinking“

Der mittlerweile überstrapazierte Begriff des „Design thinking“ war diesbezüglich ein Türöffner, jetzt geht es um Vertiefung und Praxiserprobung. Insbesondere die Schnittstellen zwischen Kunst, Gestaltung, Technologie und Wissenschaft bergen noch enorme Möglichkeiten in sich, die ihrerseits in den ökonomischen, sozialen und kulturellen Feldern neue Dynamiken anstoßen könnten. Ich plädiere damit keineswegs für ein Ausdünnen spezifischer fachlicher Kompetenzen, wohl aber für deren Erweiterung in „fachfremde“ Gefilde mithilfe eben dieser.

Die Kunstuniversitäten könnten da je auf ihre eigene Weise wertvolle goldene Brücken schlagen. Sie sollten also generell nicht als exterritoriale Luxus-Biotope fernab der realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemzonen gesehen werden (weder im Selbstverständnis noch von außen); sie sind vielmehr schon aufgrund ihrer Kernkompetenz „Kreativität“ potenzielle Funkenspender, die da und dort neue, unvorhergesehene Innovationsfelder ausleuchten könnten.

EIN HORT DER INNOVATION ALS BESTE MEDIZIN

Die Medizinische Universität Innsbruck (MUI) ist eine Bildungs- und Forschungseinrichtung, die einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Region leistet. Als moderne Stätte der Wissenschaft bündelt die Medizinische Universität Innsbruck Spitzenmedizin und Spitzenforschung zum Wohl der Patientinnen und Patienten.

Für einen erfolgreichen Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und Gesellschaft des Landes intensiviert die MUI Kooperationen mit lokalen und nationalen forschenden Unternehmen. Gerade die Christian Doppler Forschungsgesellschaft fördert eine solche Kooperation. Wie erfolgreich die MUI bei der Einwerbung von sogenannten Christian Doppler Labors (CDL) ist, zeigte sich im vergangenen Jahr einmal mehr: Neben zwei bestehenden CDL (Eröffnung 2015) wurden 2016 zwei weitere eingeworben (Eröffnung Jänner 2017).

Generell ist der Beitrag der MUI für den Standort Innsbruck, aber auch darüber hinaus, unverkennbar. Als Hort von Entwicklung und Innovation stellt sich dabei ebenso die Frage, inwieweit Forschungserkenntnisse und neue Technologien marktfähig gemacht werden können. So begleitet und trägt die Medizinische Universität Innsbruck, gemeinsam mit lokalen Akteuren, Technologien und Spin-offs.

Das abgelaufene Jahr war unter anderem auch geprägt von der Diskussion rund um einen möglichen Mangel an Ärztinnen und Ärzten. Wie dem zu begegnen sei, ist grundsätzlich eine politische

Lehre und Forschung zum Wohl von Standort und Patienten

Entscheidung, auf welche die Medizinischen Universitäten in Österreich nur bedingt Einfluss haben. Die MUI bildet jedenfalls mit ihrem Ausbildungsangebot die notwendige Basis für eine umfassende Versorgung auf hohem Niveau.

Die Lehre ist eine der Kernaufgaben der Medizinischen Universität Innsbruck. Was wir stetig diskutieren und evaluieren, sind neue Ausbildungskonzepte. Und wir setzen nach Möglichkeit Initiativen, die Ausbildung zu modernisieren – eine selbstverständliche Notwendigkeit, um auch gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Ärztliche Ausbildung

Jedoch muss eine ärztliche Ausbildung immer in einem Rahmen stattfinden, der medizinisch-akademisch Sinn macht: Ärztinnen und Ärzte müssen Fähigkeiten erlernen, die in der alltäglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten einsetzbar sind. Gleichzeitig muss ein Arzt bzw. eine Ärztin auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse verstehen und bewerten können und diese in die tägliche Arbeit einfließen lassen. Die Medizinischen Universitäten Österreichs gewährleisten somit allen zukünftigen Ärzten und Ärztinnen die bestmögliche forschungsgeleitete Ausbildung.



ENDE DES ELFENBEINTURMS UND ANDERE FOLGEN DER AUTONOMIE

Große Erfolge trotz fehlender Bundesstrategie für die Unilandschaft



Ungebremster Studierendenzuwachs, wachsende Aufgaben, schwierige Finanzierungsumstände: Das sind auch in der Südachse Österreichs immer wiederkehrende Themen an den Universitäten. Während die Institutionen ganz unterschiedlichsten Zuschnitts viel vorangebracht haben, bleibt die Politik in großen Fragen nachhaltige Lösungen schuldig.

Als 2004 die Universitäten Österreichs in die Autonomie entlassen wurden, war die Sorge außerhalb des Standortes Wien groß, ins Hintertreffen zu gelangen. Der Weg aus Graz oder Klagenfurt nach Wien ist weit – nicht nur für die Rektoren, sondern auch für unterstützende Landeshauptleute. Heute kann man beruhigt feststellen: Diese Befürchtungen sind nicht eingetreten, die neue Uni-Autonomie brachte den sechs Universitäten (Karl-Franzens-Universität Graz, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Technische Universität Graz, Med-Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Kunstuniversität Graz) eher Entfesselung. Die Drittmittelinwerbung stieg enorm, die Lehrleistung und -qualität stieg stark, die Universitäten sind keine Elfenbeintürme mehr, sondern über zahlreiche Initiativen (Kinder-Uni, offene Tage, Nacht der Forschung) eng mit der Bevölkerung verbunden.

Heute wird im Süden Österreichs intensiv zusammengearbeitet: sei es im Bereich des Bauleitplanes Süd, sei es die geplante „Silicon Austria“-Initiative, seien es die

gemeinsamen Bemühungen um die „PädagogInnenbildung Neu“. Tatsächlich werden Wissenschaftsminister nicht müde, diese Verzahnungen und Abstimmungen als Best-Practice-Beispiele am Hochschulsektor anzuführen. Unerreicht ist der Süden bei den Mittelvergaben im Bereich der Kompetenzzentren. Unterstützt wurden die Aktivitäten (neue Forschungszentren, Kollegs, Doktoratsschulen, neue Fakultäten) durch Universitäts-Neubauten an allen Standorten. Auch die Infrastruktur an Studentenheimen etc. wurde massiv aufgestockt.

Sinnvolle Studienplatzfinanzierung

Das darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hohen Schulen gerade außerhalb des Großraumes Wien große Probleme vorfinden: Ungeklärt ist noch immer eine sinnvolle Studienplatzfinanzierung, steigenden Hörerzahlen stehen gleichbleibende Mittel gegenüber. Die Bachelor-/Master-Struktur hat sich nicht unbedingt bewährt. Noch immer fehlen übergeordnete Leitlinien zur Zukunftsentwicklung: Wenn Donauebundländer auf Zuruf neue Institutionen vom Bund errichten lassen können, kann von einer Strategie keine Rede sein.

International gesehen können sich die Universitäten zwar gut behaupten, die Sichtbarkeit in den internationalen Rankings und bei den großen Preisvergaben (ECR-Grants, Nobelpreise) ist noch ausbaufähig. Dies hat mit Geld, mit der zersplitterten Unilandschaft und wohl auch dem immer noch zu wenig ausgeprägten Wettbewerbsgedanken an den Hochschulen zu tun.

„International gesehen können sich die Universitäten zwar gut behaupten, die Sichtbarkeit in den Rankings ist noch ausbaufähig.“

NACH BREXIT, TRUMP- UND HOFBURG-WAHL: WER SCHERT SICH UM UNIVERSITÄTEN?

Flüchtlingswellen in Europa, Brexit-Votum im UK, Putschversuch in der Türkei, Wahlsieg von Donald Trump in den USA – vor dem Hintergrund internationaler Umbrüche stellte sich 2016 im Dauerwahlkampf um Österreichs nächsten Bundespräsidenten, garniert mit Regierungsumbildung und Koalitionskrisen am laufenden Band, die Frage: Wer hat da noch Interesse für die heimischen Universitäten?

Im Grunde sind nach wie vor zwei Gruppen auszumachen: eine Handvoll inländischer Qualitätsblätter und Regionalzeitungen sowie das von ihnen bediente Publikum und naturgemäß die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern. Die beiden Letzgenannten bestimmen den öffentlichen Diskurs oft aus redlichem Antrieb um bessere Bedingungen für die „Hohen Schulen“, nicht selten auch aus Eigennutz.

Präsidentin als Chefredakteurin

Was die Printmedien anlangt: Die erstmalige Wahl einer Präsidentin für die uniko bedeutete nicht nur für die Qualitätszeitungen eine gefundene Beute. Sonja Hammerschmid wurde schon vor Amtsantritt mit Interviewanfragen eingedeckt und war in den folgenden viereinhalb Monaten zudem mehrfach *on air* und im TV zu erleben. Höhepunkt war die Einladung der Tageszeitung PRESSE AM SONNTAG, für die Jubiläumsausgabe im März Chefredakteurin zu spielen. Hammerschmid's ganzseitiger Essay über Lehrer und Lehrerinnen als „Schlüsselpersonen für die Zukunft unserer Kinder“ war wohl mitverantwortlich dafür, dass die Rektorin zwei Monate später ins Bildungsressort der Bundesregierung berufen wurde.

Medien und Politik haben ihr Interesse noch nicht verloren

Während für die überregionalen Gazetten Hochschulberichterstattung als Qualitätsmerkmal unerlässlich ist, legen regionale „Platzhirsche“ der Zeitungslandschaft den Fokus auf die Universitätsstandorte im eigenen Bundesland. Wenn eine gebürtige Mühlviertlerin wie Hammerschmid uniko-Präsidentin wird, erhöht sich – wie bei den OBERÖSTERREICHISCHEN NACHRICHTEN erkennbar – schlagartig die Häufigkeit der Artikel, wie das auch bei einem ihrer Vorgänger, dem damaligen Rektor der TU Graz, Hans Sünkel, in der KLEINEN ZEITUNG und jetzt bei Nachfolger Oliver Vitouch, Rektor der Universität Klagenfurt, zu beobachten war und ist; wobei der neue Präsident auch alle anderen Gazetten souverän bespielt.

Und die Politik? Auf Bundesebene könnten die Regierungsparteien bei den Universitätsvorhaben künftig erstmals gemeinsam an einem Strang ziehen, während auf Landesebene bei den Machthabern die Tendenz bemerkbar ist, sich ohne Hemmungen Kompetenzen anzueignen (Stichwort: Medizinische Fakultät Linz).

So bestätigte Anfang 2017 der nicht zuständige Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer, er führe im Zuge der Nachfolge für den Mozarteum-Rektor diskrete Gespräche, zumal es sich bei der Kunstuni um ein „Aushängeschild für Salzburg“ handle. Auch das lässt sich bei gutem Willen als Beleg für ungebrochenes Interesse an den Universitäten deuten.



PRÄSIDENTIN

Sonja Hammerschmid
Veterinärmedizinische Universität Wien
bis 17. Mai

PRÄSIDIUM

Oliver Vitouch
Vizepräsident
ab 18. Mai geschäftsführender Präsident
Universität Klagenfurt

Eva Blimlinger
Akademie der bildenden Künste Wien

Heinz Engl
Universität Wien

Edeltraud Hanappi-Egger
bis 5. Juni kooptiert, ab 6. Juni Vizepräsidentin
Wirtschaftsuniversität Wien

PRÄSIDENT

Oliver Vitouch
Universität Klagenfurt
ab 6. Juni

Markus Müller
Medizinische Universität Wien

Christa Neuper
Universität Graz

Sabine Seidler
Technische Universität Wien

Tilmann Märk (kooptiert)
Universität Innsbruck

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinz Engl

Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Markus Müller

Universität Graz
Rektorin Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Christa Neuper

Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle
ab 15. Feber: Rektor Univ.-Prof. Dr. Hellmut Samonigg

Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck
Rektorin Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Helga Fritsch

Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.ⁱⁿ Sabine Seidler

Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektorin Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid
ab 17. Mai: interim. Rektorin, ab 7. Dezember:
design. Rektorin Ao. Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Petra Winter

Wirtschaftsuniversität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.ⁱⁿ Edeltraud Hanappi-Egger

Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas

Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

Akademie der bildenden Künste Wien
Rektorin Mag.^a Eva Blimlinger

Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
Rektorin Mag.^a art. Ulrike Sych

Universität Mozarteum Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Siegfried Mauser
ab April: interim. Rektorin Mag.^a Brigitte Hütter, MSc

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
Rektorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Freismuth

**Universität für künstlerische und industrielle
Gestaltung Linz**
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier

FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

BUDGET UND RESSOURCEN

Vorsitz:
Vizerektorin MMRMag. Dr.ⁱⁿ Andrea Hoffmann
Technische Universität Graz

Arbeitsplattform:
IUF – Infrastruktur und Facility Management

Subarbeitsgruppen:
Wissensbilanz / Erlöse aus F&E-Projekten /
Gender Pay Gap
Kostenleistungsrechnungs-Verordnung
Risikomanagement
Steuerradar

FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

Vorsitz:
Vizerektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johannes Fröhlich
Technische Universität Wien

Subarbeitsgruppen:
IPR (Intellectual Property Rights)
Doktorat (mit Forum Lehre)
Plagiat (mit Forum Lehre)
Hochschulraum-Strukturmittel
Projektinitiative Open Access
Veröffentlichungspflicht von
wissenschaftlichen Arbeiten
9. EU-Forschungsrahmenprogramm

LEHRE

Vorsitz:
Vizerektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek
Universität Graz

Subarbeitsgruppen:
STEOP Neu (Studieneingangs-
und Orientierungsphase)
Neue Aufnahmeverfahren
Plagiat (mit Forum Forschung)
Doktorat (mit Forum Forschung)

Task-Forces:
Lehramt
Universitäre Weiterbildung

INTERNATIONALES

Vorsitz:
Rektorin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Freismuth
Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Subarbeitsgruppen:
Forum Fremdenrecht
Sicherheit für Incoming-Studierende
Hochschultagung neu

PERSONAL

Vorsitz:
Vizerektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner
Universität Innsbruck

Task-Force Gender & Diversity

Vorsitz:
Vizerektorin Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Renate Dworczak
Universität Graz

Subarbeitsgruppe:
Dual Career

AG Life Sciences

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek
Universität für Bodenkultur Wien

AG Urheberrecht

Vorsitz:
Generalsekretärin Mag.^a Elisabeth Fiorioli
Österreichische Universitätenkonferenz

AG MORE Koordinationsgruppe

Vorsitz:
Generalsekretärin Mag.^a Elisabeth Fiorioli
Österreichische Universitätenkonferenz

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz: Vizerektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner, Universität Innsbruck

uniko-VERANSTALTUNGEN mit Partnern bzw. unter alleiniger Verantwortung

- 12. Jänner **Neujahrsempfang**, Raiffeisen Zentralbank Wien;
- 1. Juni **OANA-Jahrestagung** „Von der Open-Access-Transition zu Open-Science“, BMWFW Wien;
- 24. August **Universitätenforum** zum Thema: „Universitätsautonomie und Theologien. Zu einem (un)aufgeklärten Spannungsverhältnis“; Hochschulgespräche im Rahmen des Forums Alpbach;
- 7. September **Diskussion** zum Thema „Zwischen Exzellenz und Relevanz: Welche Strategie für eine moderne Universität?“ mit Oliver Vitouch, Antonio Loprieno (Wissenschaftsrat), RZB Wien;
- 29./30. September **Trilaterales Treffen** der Rektorenkonferenzen D-A-CH, Universität St. Gallen; Reihe „**International Lectures**“: Universität Klagenfurt (20. Jänner), Universität Salzburg (13. April, 4. Mai, 1. Juni).

**TERMINE DER
PLENARVERSAMMLUNGEN**

- 58. ordentliche Plenarversammlung**
am 29. Feber 2016
Montanuniversität Leoben
- 59. ordentliche Plenarversammlung**
am 18. April 2016
Universität für Musik und
darstellende Kunst Wien
- 60. ordentliche Plenarversammlung**
am 6. Juni 2016
Universität Klagenfurt
- 61. ordentliche Plenarversammlung**
am 10. Oktober 2016
Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
- 62. ordentliche Plenarversammlung**
am 12. Dezember 2016
Universität Graz

**AKTIVITÄTEN DER uniko
IN ZAHLEN**

Plenarversammlungen (inkl. Strategieklausur)	6
Präsidiumssitzungen	10
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	55
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	9
Vertretung in (inter)nationalen Gremien (durch Generalsekretariat)	29
Pressekonferenzen/Pressegespräche	4
Presseaussendungen	23
Newsletter	9
Offizielle Stellungnahmen	12

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

- Vorstand:**
Präsident
 Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner
- Stellvertreter des Präsidenten**
 Rektorin Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid
 ab 18. Mai: Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

- Schriftführer**
 Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan
- Kassier**
 Dr. Gerhard Riemer



Elisabeth FIORIOLI
Mag.^a
Generalsekretärin



Doris SCHÖBERL
Mag.^a
Stellvertr. Generalsekretärin
Rechtsfragen, Dachverband



Manfred KADI
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang NEDOBITY
Mag.
Forschung



Gerda PRIESSNITZ
Organisation



Angelika SCHOLZ
Mag.^a
Redaktion uniko-PEDIA,
Budget



Nadine SHOVIKAR
MMag.^a
Internationales



Elisabeth WESTPHAL
Mag.^a
Bologna-Prozess, Lehre,
Hochschulbildung in Europa



Sylwia KRUL
Sekretariat

Die Kraft der Gemein- schaft.

**Was dem Einzelnen nicht
möglich ist, das vermögen viele.**

Was bei Raiffeisen ganz am Anfang stand, steht auch heute wieder ganz oben: Solidarität. Füreinander da sein. Miteinander neue Wege gehen. Denn wer wüsste besser als wir, was eine starke Gemeinschaft leisten kann. Das ist das Erfolgsprinzip, an dem wir auch künftig festhalten werden. www.raiffeisen.at

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichische Universitätenkonferenz
Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien

Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Manfred Kadi, Generalsekretariat

Gestaltung: www.goldmaedchen.at

Fotonachweise: aau / Daniel Waschnig; SommerArt; BMWFW; EUA; Gasser; annarauchenberger; Bernhard Bergmann;
mdw / Stephan Polzer; Johannes Gellner; JKU Linz; VfGH / Achim Bieniek; KUG; MedUni Wien; FWF / Lusser; Franz Pflügl;
APA / Thomas Preiss, Alex Halada, Roland Schlager – picturedesk.com; BKA / Andy Wenzel; Jürgen Grünwald;
MedUni Innsbruck; Kanizaj

Druck: glanzlicht print producing

